



SACHSEN

RECHTS

UNTEN

2024



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.



#UNSINTERES
SIERT VER
ÄNDERUNG

4

6

10

14

22

26

30

34

42



Einleitung

Im Vorfeld längst vereinbar —
Allianzen der AfD in Sachsen

Die AfD vor den Landtagswahlen in Sachsen

Desinformation — In aller Munde und brandgefährlich?!

Der Sommer des Antifeminismus

Im Vogtland nichts Neues —
Ordnungspolitische Einbahnstraße stärkt rechte Narrative

Die Freien Sachsen vor den Wahlen

Im Stadtrat ganz rechts

Impressum

EINLEITUNG

Das Jahr 2024 ist in Sachsen ein Superwahljahr. Neben den Europawahlen werden am 8. Juni auch die Kommunalparlamente neu gewählt. Am 1. September wird dann über die zukünftige Zusammensetzung des Sächsischen Landtages entschieden. Bei den Kommunal- und Landtagswahlen wird darüber abgestimmt, welche Mehrheiten das Land sowie die Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte zukünftig abbilden werden. Den Wahlprognosen zufolge wird dabei die *AfD* flächendeckend ein Ergebnis von mehr als 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können. In einigen Regionen in Sachsen liegen ihre Werte gar bei mehr als 35 Prozent. Diese Entwicklungen sind für uns ein Grund zur Sorge. Das Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen bezeichnet die Partei *AfD* inzwischen als „gesichert rechtsextrem“. Diese Definition vergibt die Behörde dann, wenn eine Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung überwinden will und darauf ausgerichtet ist, den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen und Vertreter*innen zu delegitimieren. Doch was bedeutet es eigentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn gut ein Drittel der Bevölkerung in einem Bundesland einer solchen Partei seine Stimme gibt? Was heißt es für die Entscheidungen in Kommunalparlamenten, wenn dort die *AfD* die stärkste Fraktion ist? Wie wird sich Politik verändern, wenn eine Mehrheit der *AfD* im Land nur noch durch breite demokratische Koalitionen verhindert werden kann? Ist die Demokratie in Ostdeutschland wehrhaft genug, um sich gegen ihre Feinde zu verteidigen? Diese und ähnliche Fragen werden das Bundesland Sachsen in den kommenden Jahren beschäftigen.

Unsere Jahrespublikation „Sachsen rechts unten“ erscheint mittlerweile im zehnten Jahr. Wir haben mit

dieser Schriftenreihe die politischen Entwicklungen am rechten Rand der sächsischen Gesellschaft nachzeichnen können. Auch in diesem Jahr konnte die Publikation mit finanzieller Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung realisiert werden, wofür wir uns sehr bedanken.

Mit dieser Veröffentlichung wirft das Kulturbüro Sachsen jährlich einen Blick auf die qualitative Verfasstheit der extrem rechten Szene im Bundesland. Die starke Ausdifferenzierung dieser Szene hin zu diversen Gruppen, Parteien, Medienformaten, Vereinen und Initiativen macht die Lage immer unübersichtlicher. Umso wichtiger ist es, dass unsere Kenntnisse zur qualitativen Verfasstheit der sächsischen Neonazi-Szene, der sogenannten „Neuen Rechten“ und des Rechtspopulismus einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und diskutiert werden. Unser Blick ist dabei einer aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Dieser hat den Vorteil, dass er nicht erst dort ansetzt, wo Gesetze gebrochen werden oder offener Verfassungsbruch propagiert wird. Zivilgesellschaftliche Blickrichtungen können und sollten die Rolle des Staates ergänzen und hinterfragen. Im demokratischen Rechtsstaat sind es gerade das Zusammenspiel und die Diskussionen der verschiedenen Positionen und Sichtweisen auf aktuelle Demokratiegefährdungen, die ein sinnvolles Gesamtbild ergeben. Die Gefährdungen der Demokratie können umfassend eingeschätzt werden, wenn die wissenschaftlichen, die staatlichen und die zivilgesellschaftlichen Perspektiven ausreichende Beachtung finden.

Die Reihe „Sachsen rechts unten“ ist keine auf Vollständigkeit abzielende Beschreibung bzw. Analyse von Phänomenen. Unser Anspruch ist vielmehr, exemplarisch zu beschreiben, welche Ziele die sächsische Neo-



nazi-Szene oder neu-rechte Parteien und Gruppen verfolgen, welche Wirkmächtigkeit sie entfalten können und welche Gefahren daraus resultieren.

Im Jahr 2024 ist die verbindende Überschrift der Artikel in dieser Publikation „Kampf um die Parlamente und in den Parlamenten“. Die oben bereits beschriebenen Wahlen im Jahr 2024 sind ein Lackmustrtest für die Verfasstheit der Demokratie im Bundesland Sachsen. Mit unseren Artikeln möchten wir den Blick dafür weiten, indem wir exemplarisch beschreiben, wie die extreme Rechte in den Parlamenten und um die Parlamente im Freistaat Sachsen kämpft. Dabei ist der Scheinwerfer nicht ausschließlich auf die *AfD* als derzeit stärkster parlamentarischer Arm der extremen Rechten gerichtet. Gerade in den Kommunalparlamenten sind temporäre Koalitionen der *AfD* mit neonazistischen oder anderen extrem rechten Gruppen möglich. In den Kommunen liebäugelt die Partei auch auf thematische Koalitionen mit rechtskonservativen Parteien oder Gruppen. Wie das funktioniert und wie die extrem rechten Gruppierungen im Bundesland den Kampf in und um die Parlamente führen, wird an den Artikeln dieser Publikation deutlich.

In einem ersten Artikel soll es darum gehen, wie sich die sächsische *AfD* in ihrem politischen Vorfeld und Umfeld bewegt. In den letzten Jahren gab es diesbezüglich eine qualitative Veränderung. Unter anderem, weil etwaige Unvereinbarkeitschlüsse in Sachsen nie Geltung hatten, muss konstatiert werden, dass der Erfolg des hiesigen Landesverbandes auch auf die erfolgreiche Vorfeldarbeit zurückzuführen ist. Dies soll anhand von aktuellen Beispielen und in Bezug auf die neu-rechte Strategie der „Mosaikrechten“ und „Partei und ihr Vorfeld“ dargestellt werden.

Ein weiterer Beitrag wirft ein Schlaglicht auf die *AfD* in Sachsen vor den anstehenden Wahlen. Dabei wird deutlich, dass die *AfD* an bestehende Debatten und Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Bevölkerung anknüpft, um diese populistisch aufzuladen. Ihr Erfolg kommt somit keineswegs überraschend, sondern ist die Ernte jahrelanger extrem rechter Bestrebungen und ihrer Inhalte im Bundesland.

Welche Rolle Desinformationen in extrem rechten Kämpfen in und um die Parlamente spielen, wird in einem anderen Artikel deutlich. Anhand der gesellschaftlichen Auswirkungen gezielter Desinformation wird gezeigt, wie

sächsische Akteur*innen der extremen Rechten mit Desinformationen arbeiten und welche Ziele damit verfolgt werden.

In einigen sächsischen Regionen gibt es bereits vor den anstehenden Wahlen thematische Bedrohungallianzen, die dafür sorgen können, dass emanzipatorische oder freiheitliche Entwicklungen zurückgedrängt werden. Deutlich wird dies an einem Artikel zu Zwickau, bei welchem queere und feministische Räume auf sehr unterschiedliche Art und Weise bedroht werden.

An einem Beispiel aus Plauen wird in einem nächsten Artikel deutlich, wie ordnungs- und sicherheitspolitische Debatten in einer Kommune so geführt werden können, dass rechte Akteure davon profitieren. Der Postplatz in Plauen wird dabei zu einem umkämpften Ort, dessen Nutzung durch migrantische Personen verschiedene Bilder reproduziert, die rassistisch aufgeladen werden.

Die *Freien Sachsen* haben als wichtigster extrem rechter Zusammenschluss im Schatten der *AfD* eine sehr klare Vorstellung davon, wozu ihnen Wahlen dienen und wofür es gut ist, auf den verschiedenen Ebenen zu Wahlen anzutreten. Wie das instrumentelle Verhältnis der Neonazi-Kleinstpartei zu den Wahlen in Sachsen aussieht, wird deshalb in einem weiteren Beitrag beschrieben.

Abgerundet werden die Beiträge unserer Publikation in diesem Jahr durch einen Gastbeitrag des Regionalen Netzwerks Landkreis Leipzig. Mit dem *Neuen Forum Wurzener (NFW)* zog bei der vergangenen Kommunalwahl eine extrem rechte Wähler*innenvereinigung in den Wurzener Stadtrat ein. Medial erregte sie vor allem aufgrund eines ihrer Mitglieder, dem bekannten extrem rechten Hooligan und Kampfsportler Benjamin Brinsa, eine erhöhte Aufmerksamkeit. Der Artikel setzt es sich zum Ziel, das Wirken des *NFW* in der vergangenen Wahlperiode nachzuzeichnen und dieses in den Kontext der Historie extrem rechter Parteien seit den 2000er Jahren in der Stadt einzuordnen. Das *NFW* steht dabei exemplarisch für zahlreiche andere rechte Wählervereinigungen, die in Sachsen bei den Kommunalwahlen antreten.



- 1 -

IM VORFELD LÄNGST VEREINBAR. ALLIANZEN DER AfD IN SACHSEN.



„Hier sind ganz viele Flaggen, hier sind keine Parteibanner, wenige Parteibanner, und das ist auch wichtig. Es geht überhaupt nicht darum, wer hier irgendwo in welcher Partei ist, es geht darum, was ihr im Herzen trägt, es geht darum, ob ihr die Liebe zum Vaterland habt.“, sagte die Freiburgerin Carolin Bachmann, ihres Zeichens Abgeordnete der *AfD* im Bundestag, im Januar 2024 vor mehreren tausend Personen während einer extrem rechten Demonstration in Dresden. Wäre es nämlich darum gegangen, „wer hier irgendwo in welcher Partei ist“, hätte Bachmann zugeben müssen, dass sie auf einer von der neonazistischen Partei *Freie Sachsen* organisierten Demonstration spricht, kurz nachdem der Neonazi Max Schreiber die Veranstaltung eröffnet hat. Dass die Bühne, auf der sie steht, mit Fahnen der *Freien Sachsen* geschmückt ist und dass auch das Publikum vor allem Fahnen der *Freien Sachsen* schwenkt, dazwischen vereinzelt die der Partei *Die Heimat (früher NPD)*. Bachmann hätte also zugeben müssen, dass sie als *AfD*-Politikerin den Kontakt zur organisierten Neonaziszene nicht scheut, dass etwaige Abgrenzungen oder Unvereinbarkeitslisten, wie sie von der *AfD* auf Bundesebene vertreten werden, in Sachsen keine Geltung haben. Sie hätte zugeben müssen, dass im Laufe der Veranstaltung auch noch Lutz Giesen aus Leisnig die Bühne betreten wird, dem man sicherlich so einiges vorwerfen kann, aber nicht, dass er kein überzeugter und bundesweit vernetzter Neonazi sei. Denn Giesen wird nicht nur mit der jüngst verbotenen Nazi-Heidentruppe *Artgemeinschaft* in Verbindung gebracht, sondern organisiert mit dem „Trauermarsch“ in Dresden die mittlerweile größte Neonazidemonstration Deutschlands. Doch all das hat Carolin Bachmann nicht zugegeben und es hielt sie auch nicht davon ab, zu be-



kräftigen, dass alle Anwesenden Teil des Widerstandes seien, die einen zuständig für die Arbeit in den Parlamenten und die anderen eben für die Arbeit auf der Straße. Dabei kann ihr nicht entgangen sein, dass sich an diesem Tag an der Arbeit auf der Straße auch zahlreiche Neonazis beteiligt haben.

MOSAIK IN BRAUNTÖNEN

Das Besondere an der Veranstaltung war aber nicht, dass Bachmann sich auf eine Bühne der *Freien Sachsen* gestellt hat. Denn was ein politischer Skandal hätte sein können, dass AfD und Neonazis sich die Hände reichen, ist in Sachsen längst traurige Normalität geworden. Nicht nur in Dresden, auch in Zwickau, Zittau oder Kriebethal, um nur einige Orte zu nennen, haben lokale AfD-Politiker*innen bereits an Veranstaltungen der *Freien Sachsen* teilgenommen oder sich die Bühne mit Kadern der Partei geteilt. Vor allem im Laufe der rassistischen Protestwelle des vergangenen Jahres war dies immer wieder zu beobachten. Das Besondere an diesem kalten Januarvormittag war, mit welchem Selbstbewusstsein Bachmann ein Signal an das politische Vorfeld gesendet hat, wohl wissend, vor wem sie da spricht. Im Prinzip vermittelte sie, dass egal in welcher extrem rechten Struktur sich Personen verorten, die AfD an ihrer Seite stehe und eine Zusammenarbeit nicht scheue. Die Organisator*innen der *Freien Sachsen* dürfte das gefreut haben, bemängeln sie an der AfD doch regelmäßig den fehlenden Willen zur Zusammenarbeit und beschreiben ihren Mitgliedern „Distanzeritis“. Ein von der extrem Rechten ins Spiel gebrachter Begriff, um anzuprangern, dass einige extrem rechte Akteur*innen mit anderen extrem rechten Akteur*innen nicht zusammenarbeiten wollen, da die einen den anderen zu extrem sind.

Aber auch neu-rechte Theoretiker*innen dürften erfreut gewesen sein, denn Bachmann setzt genau das um, was diese seit Jahren propagieren. Ihnen zufolge hänge der Erfolg der extremen Rechten maßgeblich davon ab, inwiefern die einzelnen Strukturen der Bewegung bereit sind, sich als ein notwendiger Teil eines großen extrem rechten Projekts mit gemeinsamen Zielen zu begreifen. Die Idee hier ist, egal, ob Parteien, Kame-

radschaften, neu-rechte Bildungsinstitute, rassistische Bürger*innenbündnisse oder die Neonaziclique von der Tankstelle, es geht darum, Kräfte zu bündeln, ein gemeinsames „Mosaik“ zu bilden, ohne dass auch nur ein einziger Stein seine Identität dafür aufgeben muss. Konkret sollen also extrem rechte Parteien und Organisationen zusammenarbeiten, ungeachtet der Unterschiede in Programmatik, Verortung und Aktionsform. Das nennt sich dann „Mosaik-Rechte“; eine Idee, die – wie so oft – aus linken Diskursen geklaut wurde.¹ Für eine Partei wie die AfD ist das restliche, nicht parteiförmige „Mosaik“ als politisches Vorfeld zu verstehen, als ihr „Schutz-, Unterstützungs- und Rekrutierungsraum“², wie es der neu-rechte Autor (mit gar nicht so neu-rechter Neonazivergangenheit) Benedikt Kaiser formuliert. Seiner Meinung nach gilt es diesen „Unterstützungs- und Rekrutierungsraum“ nicht nur durch Lippenbekenntnisse anzuerkennen, sondern auch ganz praktisch zu fördern, vor allem finanziell. Und auch das ist für die sächsische AfD ein allgemein üblicher Vorgang, wie folgende Beispiele verdeutlichen.

SPENDABEL NACH RECHTS

Anfang Oktober 2023 überreichte der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Mittelsachsen Lars Kuppi im Namen seiner Fraktion eine Spende über 1.000 Euro an den *Kameradschaft Gebersbach-Rudelsdorf e.V.*, besser bekannt unter dem Namen *Kameradschaft Ochsenkopf*. Die Übergabe erfolgte während eines von den „Kameraden“ organisierten Herbstfestes im Waldheimer Ortsteil Gebersbach, wobei der Scheck von den zwei Vorständen des Vereins entgegengenommen wurde. Begründet wurde die Spende damit, dass sich der Verein „seit fast 25 Jahren ehrenamtlich um das Dorfleben der Region“ kümmere.³ Die Mitglieder traten in jüngerer Vergangenheit durch die Organisation von Walpurgisnächten und Herbstfesten in Erscheinung. Jedoch sollte nicht nur das Wort Kameradschaft im Namen aufhorchen lassen. Bereits zum 10-jährigen Bestehen des Vereins verwies eine antifaschistische Recherche darauf, dass die *Kameradschaft Ochsenkopf* als eine der ältesten extrem rechten Kameradschaften im Altkreis Döbeln zu verstehen ist und

ihre Gründung 1998 als Versuch gewertet werden muss, das „Gemeindeleben mit nationalistischen Akzenten zu unterminieren“.⁴ Da der Vorstand seit 1998 in Teilen immer noch der gleiche ist, kann wohl davon ausgegangen werden, dass sich an den extrem rechten Einstellungen innerhalb der Gruppe bis heute wenig geändert hat. Auch die Social-Media-Profile von Personen aus dem Umfeld der Kameradschaft lassen darauf schließen. Einer der Vorstände beteiligte sich regelmäßig an den rechten Montagsdemonstrationen in Waldheim.⁵ Diese zogen jahrelang mit bis zu 800 Personen unangemeldet durch den Ort, die Teilnehmenden trugen teils Fackeln mit sich. Die Polizei ließ sie gewähren. Angemeldet werden die Proteste erst seit kurzem und zwar seitdem es organisierten demokratischen Gegenprotest gibt. Der Anmelder des rechten Protestes ist kein geringerer als der *AfD*ler Lars Kuppi. Dem Polizeibeamten Kuppi ist es anscheinend nicht nur ein Anliegen, rechte Alltagskultur in den kleinen Gemeinden Mittelsachsens finanziell zu unterstützen, sondern wenn es darauf ankommt, legt er auch seine parlamentarische Hand schützend über die marschierenden rechten Dorfkumpels.

Doch das ist nur ein Beispiel, bei dem die *AfD* 2023 gezielt Geld ins politische Vorfeld investiert hat. Auch im ostsächsischen Görlitz gab es im Dezember eine Spendenaktion. Die dortige *AfD*-Truppe um Sebastian Wippel verkaufte auf dem Görlitzer Weihnachtsmarkt Soljanka und spendete die über 1.000 Euro Einnahmen an den noch unbekanntem Verein *Freisteiger e.V.*, angeblich zur „Förderung der Jugendsozialarbeit“. Wenn auch der Verein bisher öffentlich nicht wahrnehmbar ist, ergaben Recherchen der Gruppe 15° Research, dass zwei der drei Vorständ*innen Bezüge zur extrem rechten Szene haben.⁶ Der eine Vorstand war 2019 Kreistagskandidat der *AfD*. Die andere Vorständin modelt für den neonazistischen Versandhandel „Sachsenshirts“, der an das „Haus Montag“⁷ in Pirna angegliedert ist. Für den gleichen Versandhandel hat auch schon eine Person aus dem Umfeld der Neonazi-Kameradschaft *Schlesische Jungs* aus Niesky gemodelt.

Im Sinne rechter Vorfelddarstellung muss auch die Unterstützung des *Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen e.V. (DBHDOB e.V.)* durch die *AfD* verstanden werden. Im Mai 2023 überreichten der Landesvorsitzende Jörg Urban und seine Stellvertre-

terin Martina Jost im Namen ihrer Partei eine Spende über 1.000 Euro an den Verein, der nach eigener Aussage „Obdachlosen und Sozialschwachen“ hilft, jedoch auch dadurch bekannt geworden ist, Kontakte in die extreme Rechte zu pflegen und Hilfsbedürftigkeit bei Geflüchteten nicht anzuerkennen.⁸ Auch sind die beiden Vorsitzenden der „Obdachlosenhilfe“ bereits durch rassistische Äußerungen aufgefallen. Unlängst postete einer von ihnen auf seinem Facebook-Profil ein Sharepic mit der Forderung „Millionenfache Remigration“. Hier handelte es sich um eine Anspielung auf die zuvor bekannt gewordene Veröffentlichung der Rechercheplattform *correctiv* zu einem Treffen extrem rechter und konservativer Protagonist*innen in Potsdam Ende 2023. Bewusst oder nicht, auch er verortet sich damit im extrem rechten „Mosaik“. Denn genau so etwas, wie die Forderung nach rassistischer Migrationspolitik, nach millionenfacher Deportation von Menschen, die nicht ins extrem rechte Weltbild passen, muss als eines der Ziele eines großen extrem rechten Projektes begriffen werden.

KURZE WEGE

Nun ist es kein Geheimnis, dass die Akteur*innen der extremen Rechten eben extrem rechte Sachen sagen und machen sowie mit anderen extrem rechten Akteur*innen zusammenarbeiten. Und da laut Verfassungsschutz seit Dezember 2023 auch der *AfD*-Landesverband Sachsen offiziell zu den „gesichert Rechtsextremen“ zählt, dürfte sich über das Verhalten seiner Mitglieder auch nicht gewundert werden. Dennoch zeigen die Beispiele eine sich ändernde Qualität. Denn selbst die Einstufung als „gesichert rechtsextrem“ bedeutet nicht, dass nicht noch weiter nach rechts gerückt werden kann. Obwohl die Wege von der *AfD* zur organisierten Neonaziszene vor allem im Osten Deutschlands noch nie sonderlich lang waren, werden auch diese zunehmend kürzer. Davon kann auch der bereits erwähnte Benedikt Kaiser, der dafür den theoretischen Unterbau liefert, ein Lied singen. Ist er doch selbst in der Chemnitzer Neonazi-Szene rund um die 2014 verbotenen *Nationalen Sozialisten Chemnitz* aktiv gewesen und hat über den Weg des neu-rechten Schreiberlings eine Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim

AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl gefunden.⁹ Das gewährt ihm nicht nur entsprechende Entlohnung, sondern auch Zugang zum Bundestag und ein eigenes Büro. Dort kann er jetzt Bücher schreiben, warum die AfD Personen wie ihn, ehemalige oder aktuelle Neonazis, anstellen sollte oder mit ihnen zusammenarbeiten und entsprechende Strukturen finanziell fördern sollte. Das nennt er dann politische Vorfeldarbeit. Ein Konzept, das von der sich immer weiter radikalisierenden AfD dankend angenommen und (nicht nur) in Sachsen längst in die Tat umgesetzt wird. Eine Abgrenzung zu extrem rechten Strukturen findet nicht mehr statt, trotz Unvereinbarkeitsliste. Im Gegenteil ist die AfD vielerorts sogar bereit, Strukturen zu stärken. Denn diese müssen nicht zwangsweise mit der Partei verbunden oder auf gleicher Linie sein. Es reicht vollkommen, wenn sie ihrer Rolle im „Mosaik“ gerecht werden und den Nährboden für menschenfeindliche Einstellungen bereiten, sie verbreiten und konservieren. Denn das ist genau das, wovon die AfD letztendlich profitiert.

1 | Vgl. Pfahl-Traughber, Armin (2020).

2 | Kaiser (2022): S. 37.

3 | AfD Fraktion Sachsen am 04.10.2023.

4 | Antifaschistische Recherche-gruppe [A.R.G.] (2008).

5 | Vgl. Sächsische.de (2022).

6 | Vgl. 15° Research (2023).

7 | Vgl. Runter von der Karte (2021).

8 | Vgl. Fuxenrot (2017).

9 | Vgl. Armbrust & Streule (2024).

Literaturverzeichnis

15° Research (2023):

Am 10.12.2023 organisierten #AFDler [Posting auf X]. <https://twitter.com/15Research1/status/1735013187894820951>, 13.12.2023.

Antifaschistische Recherche-gruppe [A.R.G.] (2008):

10 Jahre deutsche Zustände. <https://web.archive.org/web/20130225001501/http://aardl.blogspot.de/2008/05/27/10-jahre-deutsche-zustaende/>, 27.05.2008.

Armbrust, N., Streule J. (2024):

Die AfD im Bundestag und der Rechtsextremismus. <https://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/afd-rechtsextremismus-bundestag100.html>, 12.03.2024.

Fuxenrot (2017):

Dresden: Wo Faschisten mit der bürgerlichen Mitte... <https://fuxenrot.noblogs.org/post/2017/12/28/dresden-wo-faschisten-mit-der-buergerlichen-mitte/>, 28.12.2017.

Pfahl-Traughber, Armin (2020):

Kräftebündelung für die „Mosaik-Rechte“. <https://www.endstation-rechts.de/news/kraeftebuendelung-fuer-die-mosaik-rechte>, 03.01.2020.

Runter von der Karte (2021):

Pirna, Haus Montag & Klub 451. <https://www.runtervonderkarte.jetzt/pirna-haus-montag-klub-451/>, 13.12.2021.

Sächsische.de (2022):

Region Döbeln: Hunderte protestieren gegen die Bundespolitik. <https://www.saechsische.de/doebeln/politik/region-doebeln-wieder-proteste-gegen-die-bundespolitik-5768044-plus.html>, 11.10.2022.

Extrem rechte Quellen

AfD Fraktion Sachsen (2023):

Facebook Post. <https://archive.is/lwdrv8>, 04.10.2023.

Kaiser, Benedikt (2022):

Die Partei und ihr Vorfeld.

- 2 -

DIE AfD VOR DEN LANDTAGSWAHLEN IN SACHSEN

SEIT ZEHN JAHREN AUF HÖHENFLUG

Seit 2014 ist die AfD im sächsischen Landtag vertreten. Bei den Wahlen 2019 erhielt sie einen Stimmenanteil von 27,5% und damit 34 Sitze. Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die AfD in sechs sächsischen Wahlkreisen über 30% der Stimmen und war in zehn Wahlkreisen die stärkste Kraft. Auch auf kommunaler Ebene ist die AfD sachsenweit vertreten. Bei den Kreistagswahlen 2019 erzielte sie überall mindestens 19% der Stimmen und erreichte im Landkreis Bautzen sogar 29%. Im Dezember 2023 erregte die Wahl des parteilosen Tim Lochners, der für die AfD kandidierte, zum ersten Oberbürgermeister in Pirna mediale Aufmerksamkeit. Im März 2024 wurde mit Rolf Weigand in Großschirma der zweite AfD-Bürgermeister in Deutschland ebenfalls in Sachsen gewählt. Im Bundesland Sachsen wird der gesamte Landesverband der AfD seit Dezember 2023 vom Landesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextreme Bestrebung“ klassifiziert.¹ Bereits in den Monaten und Jahren vor dieser Einstufung durch den Verfassungsschutz haben zahlreiche Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen immer wieder auf den rechtsextremen Charakter der sächsischen AfD und ihrer Anhängerschaft hingewiesen und davor gewarnt.

Die AfD erzielt hohe Wahlergebnisse, während reaktionäre und verschwörungsideologische Gruppen weiterhin auf der Straße mobilisieren. Dies zeigt, dass Vorurteile und Hass nicht nur gedanklich existieren, sondern auch in konkreten Taten zum Ausdruck kommen. Extrem rechte Einstellungen sind nicht auf eine kleine Randgruppe beschränkt, sondern werden von einer be-

trächtlichen Anzahl von Menschen geteilt. Eine Studie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts in Leipzig ergab, dass 37% der Befragten in Sachsen ausländerfeindliche Ansichten haben.² Über die Hälfte stimmt der Aussage zu, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte. Antisemitische Ansichten sind ebenfalls verbreitet, mit hohen Zustimmungsraten zu Vorstellungen wie dem angeblich übermäßigen Einfluss der Juden und Jüdinnen oder der Idee einer jüdischen Weltverschwörung.³ Diese menschenverachtenden Einstellungen sind in Sachsen weit verbreitet und machen das Bundesland zu einem Hotspot für extreme Rechte.

DIE WELLE, AUF WELCHER DIE AFD REITET

Die hohen Wahlergebnisse der AfD sind angesichts der starken rechten Bewegung in den letzten Jahren wenig überraschend. Extrem rechte Akteur*innen wie *Freie Sachsen, III. Weg* und regionale neonazistische Gruppen mobilisieren zunehmend ihre Anhänger*innen und treten öffentlich in Erscheinung, sei es durch Informationsstände, Versammlungen oder bedrohliche Aktionen vor Unterkünften von Geflüchteten. In Sachsen wird seit 2012 kontinuierlich gegen die Unterbringung von Geflüchteten protestiert, während die Gründung von *PEGIDA* im Jahr 2014 zu einer breiten Mobilisierung extrem rechter Agitation führte. Während der Covid-19-Pandemie brachten verschwörungsideologische und rechte Gruppen wie *Querdenken*, die *Freien Sachsen* und die AfD auch außerhalb der Großstädte viele Menschen auf die Straße. Diese



Stimmung motiviert offenbar mehr Menschen dazu, ihre extrem rechten Ansichten nicht nur bei Demonstrationen, sondern auch anderweitig zum Ausdruck zu bringen. Im Jahr 2022 zählten Polizeibehörden deutschlandweit so viele politisch motivierte Straftaten wie nie zuvor. In Sachsen wurden 1092 rechtsmotivierte Straftaten gezählt.⁴ Opferberatungsstellen in Sachsen verzeichnen für 2022 314 Betroffene rechtsmotivierter Angriffe, wobei alle betroffen sind, die nicht ins Weltbild der extremen Rechten passen: Migrant*innen und People of Color, Jüd*innen, queere Menschen, Engagierte für Geflüchtete, Journalist*innen, demokratische Politiker*innen, Klimaaktivist*innen, Gewerkschafter*innen und andere.⁵

DIE AfD IM „BEFREIUNGSKAMPF“ FÜR EINE NATIONALISTISCHE „VOLKSGEMEINSCHAFT“

Im Jahr 2017 äußerte der AfD-Politiker Björn Höcke in seinem Buch „Nie zweimal in den selben Fluss“ radikale Ansichten, die auf eine grundlegende Veränderung Deutschlands abzielten. Ähnliche Gedanken wurden auch von Jörg Urban, dem aktuellen Vorsitzenden der AfD Sachsen, im Jahr 2018 geäußert, als er darauf hinwies, dass das bestehende Regime gestürzt werden müsse.⁶ Die AfD propagiert die Vorstellung, dass Deutschland unter einer „Diktatur“ leide und nur sie als Partei in der Lage sei, eine echte Demokratie, basierend auf dem „Willen des Volkes“ zu etablieren. Dabei bezieht sich die AfD strategisch auf die so genannte politische Wende von 1989 und sieht sich selbst in dieser Tradition. Sie vergleicht die heutige Situation mit der friedlichen Revolution von damals, die ein korruptes Regime gestürzt habe und behauptet, dass dies heute durch die AfD wiederholt werden könne. Dieser Vergleich zwischen der Bundesrepublik und der DDR verunglimpft all jene, die unter dem autoritären Regime der DDR gelitten haben. Darüber hinaus wird der demokratische Rechtsstaat mit einem autoritären Regime gleichgesetzt. Trotzdem nutzt die AfD diesen Bezug zur Wende geschickt, um ihre Umsturzpläne als Kampf gegen ein vermeintlich diktatorisches System darzustellen. Das von der AfD angestrebte neue System ist jedoch nicht demokratisch-pluralistisch, sondern

hierarchisch, traditionalistisch und autoritär. Um ihre Ziele zu erreichen, führt die AfD einen aggressiven Kulturkampf und sucht verstärkt nach Radikalisierung. Sie vernetzt sich mit anderen extrem rechten Gruppen und plant gemeinsam mit Neonazis menschenverachtende politische Maßnahmen. Die Enthüllungen des Medienkollektivs correctiv im Januar 2024 zeigten auf, dass solche Pläne existieren.

RASSISMUS ALS POLITISCHES PROGRAMM

Die extreme Rechte fokussiert sich auf die Diffamierung von Geflüchteten, wobei sie auf alte rassistische Stereotypen zurückgreift. Diese Vorurteile vermischen sich mit einem Nationalismus, der die Nation als homogen und stabil darstellt. Neben Rassismus und Nationalismus zeigt sich auch ein zunehmender Autoritarismus in Forderungen nach Abschiebungen und einer „Harten-Hand-Politik“. In der sächsischen AfD sind rassistische und anti-migrantische Kampagnen an der Tagesordnung. Die Partei fordert die Streichung des Asylrechts und die Unterbringung von Geflüchteten in ihrem „eigenen Kulturkreis“. Ein Antrag im sächsischen Landtag spricht sogar von einem „Ruanda-Modell“, das auf eine Gesetzesänderung in Großbritannien abzielt, welche die direkte Abschiebung von Geflüchteten nach Ruanda vorsieht. Dies würde bedeuten, dass Menschen, die vor Krieg oder Hunger fliehen, in ein fragiles autoritäres Regime abgeschoben werden, um dort auf ihr Asylverfahren zu warten. Vertreter*innen solcher Ideen lehnen grundlegend die Menschenrechte ab. Die AfD strebt an, die Ankunft von Geflüchteten komplett zu stoppen und fordert Massenabschiebungen – einige ihrer Anhänger*innen gar unter dem Begriff „Remigration“, der ursprünglich von der neofaschistischen „Identitären Bewegung“ stammt. Neben dieser asylfeindlichen Politik zeigen Mitglieder der AfD auch offenen Rassismus, wie beispielsweise der Bundestagsabgeordnete Steffen Janich, der in einer Chatgruppe zustimmte, dass „Zwei Dinge immer weiß sein sollten: Weihnachten und Deutschland“.⁷ Es werden regelmäßig beleidigende Bezeichnungen für Geflüchtete wie z.B. „importierte Killer“, „Messer-Migranten“ oder „Rapefugees“ verwen-

det. Auch Bezüge zum Nationalsozialismus werden nicht gescheut. Einige Funktionär*innen der sächsischen AfD verwenden einen ethnopluralistischen Volksbegriff, bei dem Deutschsein an ethnisch-biologische oder kulturelle Merkmale gebunden wird. Der ehemalige sächsische Richter und AfD-Politiker Jens Maier verwendete sogar Begriffe wie „Mischvölker“.⁸

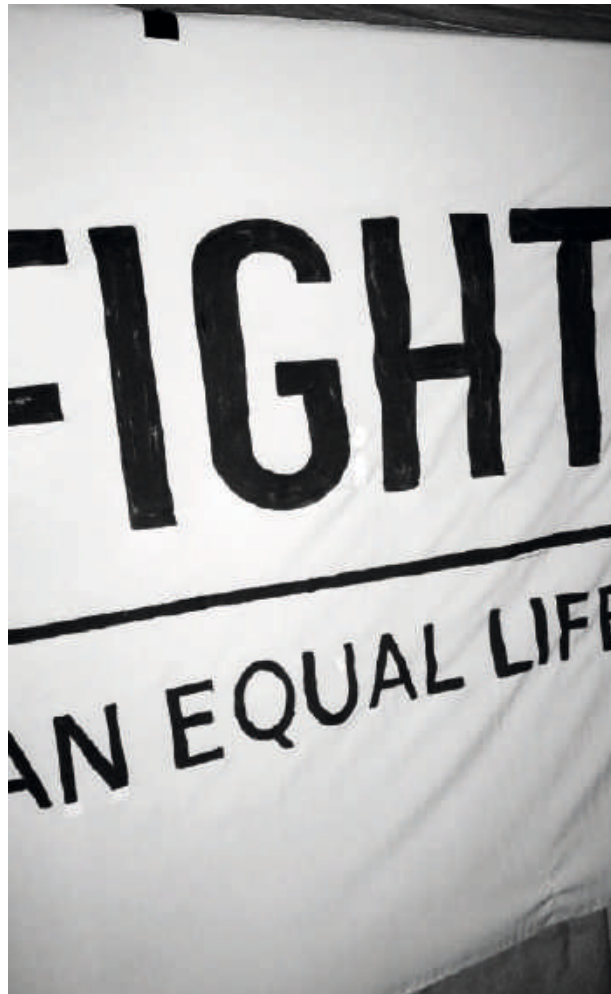
ANTIFEMINISMUS – POLITISCHE REFLEXE UND FEINZUSCHREIBUNGEN

Geschlecht spielt neben anderen Faktoren wie sozialer und „ethnischer“ Zugehörigkeit eine entscheidende Rolle in den gesellschaftlichen Vorstellungen der AfD. Rechte Gruppen behaupten, dass es nur zwei Geschlechter gibt – „Mann“ und „Frau“ – und diesen werden bestimmte stereotypische Eigenschaften zugeschrieben. Frauen werden oft mit der Rolle der Mutter und der Kindererziehung im häuslichen Umfeld in Verbindung gebracht. Traditionelle Familienmodelle werden betont, während alternative Familienformen abgelehnt werden. Rechte verwenden Begriffe wie „Gender-Ideologie“ und „Frühsexualisierung“, um sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung, Gender Studies, moderne Sexualerziehung und feministische Politik zu diffamieren. Diese Ansätze werden als Zeichen von „Modernität“, „Dekadenz“ und einer angeblichen „Verweichlichung von Männern“ betrachtet und bekämpft. Dies führt auch zu Feindseligkeiten und Gewalt gegen queere, trans- und intergeschlechtliche Personen. Die AfD in Sachsen treibt diese Feindschaft aktiv voran, wie beispielsweise mit ihrer Kampagne „Vorsicht! Genderwahn im Stundenplan“, die sich gegen die Thematisierung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Lehrplan sächsischer Schulen richtete. In einem Antrag im sächsischen Landtag wurde gefordert, die Förderung des Projekts „Schulen der Vielfalt“ einzustellen und stattdessen das traditionelle Familienmodell zu betonen. In Diskussionen warnte ein AfD-Abgeordneter vor angeblichen Bedrohungen durch Transpersonen vor Schulen. Die AfD mobilisiert auch gegen gendergerechte Sprache, indem sie behauptet, dass dies ideologischen Einfluss auf die deutsche Sprache ausübe. Ein Sharepic der AfD-Frak-

tion Sachsen sorgte für Aufregung, da es die Forderung nach einem Genderverbot mit einem regenbogenfarbenen Dreieck verband, das an den rosa Winkel erinnert, den homosexuelle KZ-Häftlinge im Nationalsozialismus tragen mussten.

KEINE GUTEN AUSSICHTEN

Es ist ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik, dass eine extrem rechte Partei, die nach Einschätzung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verfassungsschutz die derzeitige Demokratie überwinden möchte, eine reale Machtoption hat. Die *AfD* wird bei allen Wahlen in Sachsen im Jahr 2024 Wahlergebnisse von deutlich mehr als 25 Prozent der Stimmen erhalten. Der Partei wird es gelingen, dass viele ihrer Direktkandidat*innen in den sächsischen Landtag einziehen. Es bleibt zu befürchten, dass die *AfD* nach den Kommunalwahlen in vielen kommunalen Parlamenten in Sachsen die stärkste Kraft sein wird und in den nächsten fünf Jahren die Politik in den Städten und Gemeinden maßgeblich mitbestimmen wird. Bei den Landtagswahlen am 1. September 2024 besteht nach heutigem Stand die realistische Gefahr, dass die *AfD* landesweit rund ein Drittel der Wähler*innenschaft mobilisieren kann. Dies würde zukünftig dazu führen, dass die Partei auch auf Landesebene wichtige Entscheidungen blockieren und z.B. notwendige Verfassungsänderungen verhindern kann, wenn diese eine Zweidrittel-Mehrheit benötigen. Die Folgen dieser Politik sind aus heutiger Sicht noch nicht abschließend einzuschätzen. Fakt ist, dass die Situation für die Betroffenen der *AfD*-Politik in Sachsen sich in den kommenden Jahren nicht verbessern wird. Anzunehmen ist, dass sich die Lebensbedingungen für Menschen, die von Rassismus betroffen sind und andere, die nicht ins Weltbild der *AfD* passen, weiter verschlechtern werden. Dies ist als allererstes ein ernstzunehmendes Problem für diese Menschen und sollte ein Auftrag an die gesamte Gesellschaft sein, sich solidarisch an die Seite der Betroffenen zu stellen. Langfristig wird die Stärke der *AfD* jedoch auch dazu führen, dass es sich wichtige internationale Fachkräfte gut überlegen werden, ob sie tatsächlich nach Sachsen kommen oder das Bundesland meiden.



1 | *Medienservice Sachsen: Mitteilung des Landesamt für Verfassungsschutz vom 08.12.2023.*

2 | *EFBI Policy Paper: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. 2023.*

3 | *Ebd.*

4 | *Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Sachsen 2022.*

5 | *Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt der RAA Sachsen.*

6 | *Vgl. u.a. <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/#2019-01->*

7 | *<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/afd-radikal-im-dienst-von-deutschland-100.html#sprung3>.*

8 | *<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/afd-radikal-im-dienst-von-deutschland-100.html#sprung4>.*

- 3 -

DESINFORMATION — IN ALLER MUNDE UND BRANDGEFÄHRLICH?!

„Desinformation stellt eine grundlegende Bedrohung für unsere Demokratie dar.“¹ Mit diesem Satz bewarb die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung einen Fachtag, den sie im November 2023 zum Thema Desinformationen ausrichtete.² Eine Bedrohung, die weltweit eine Rolle spielt. Es gibt international sehr bekannte Beispiele, wie die nachgewiesene Beeinflussung des US-Wahlkampfes 2019.³ Auch in Deutschland stellen Desinformationen eine immer größere Bedrohung dar und demokratische Akteur*innen vor drastische Herausforderungen – so auch in Sachsen.

Doch was sind eigentlich genau Desinformationen? Es gibt verschiedene Definitionen des Phänomens. Die EU einigte sich auf folgende:

„Desinformationen“ sind nachweislich falsche oder irreführende Informationen, die mit dem Ziel des wirtschaftlichen Gewinns oder der vorsätzlichen Täuschung der Öffentlichkeit konzipiert, vorgelegt und verbreitet werden und öffentlichen Schaden anrichten können. Unter „öffentlichem Schaden“ sind Bedrohungen für die demokratischen Prozesse sowie für öffentliche Güter wie die Gesundheit der Unionsbürgerinnen und -bürger, die Umwelt und die Sicherheit zu verstehen.“⁴

Damit unterscheiden sich Desinformationen von versehentlichen Falschmeldungen von beispielsweise Journalist*innen.

Hinter der Verbreitung von Desinformationen können verschiedene Ziele stehen: z.B. politische Beeinflussung, Propaganda oder wirtschaftliche Interessen. Sie werden auf sehr unterschiedliche Arten gestreut, u.a. über

soziale Medien, traditionelle Medien, Mundpropaganda oder gefälschte Websites. Sie reichen von einseitiger oder verzerrter Darstellung von Fakten über so genannte Halbwahrheiten⁵ bis hin zu falschen Informationen, welche einen bestimmten Sachverhalt subtil vermitteln sollen. Anzeichen, dass wir es mit Desinformationen zu tun haben könnten, sind beispielsweise, dass überprüfbare Quellen fehlen, dass durch Formulierungen versucht wird, bei der lesenden Person besonders starke Emotionen hervorzurufen oder dass auf Verschwörungserzählungen zurückgegriffen wird.⁶

Politische Akteur*innen, wie Influencer*innen und Politiker*innen, formulieren in Interviews und Talkshows teilweise populistische Sätze, welche oft mit Hilfe von Desinformationen diskriminierende, menschenfeindliche Aussagen tätigen. Um dann anschließend zurück zu rudern und sich hinter der „eigentlichen“ unproblematischen und differenzierten Aussage zu verstecken. Doch die verzerrten oder falschen Informationen sind in der Öffentlichkeit und prägen den Diskurs meist mehr als die nachträglichen Dementi.⁷

DESINFORMATIONEN - MADE IN SACHSEN

Erzählungen der extremen Rechten bauen sehr häufig auf Desinformationen auf. Laut einer Studie der Stiftung „Neue soziale Verantwortung“ verbreiten rechte bis extrem rechte Akteur*innen deutlich mehr Desinformationen als alle andere Akteur*innen.⁸

Im Folgenden werden verschiedene Beispiele für

Desinformationskampagnen der extremen Rechten in Sachsen beschrieben. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf parteipolitischen Akteur*innen und den verschiedenen Wirkweisen von Desinformationen.

In Bautzen versuchten extrem rechte Kreise Anfang des Jahres 2024 nicht-weiße Personen als potenzielle Gewalttäter*innen darzustellen. So wurde mehrmals in sozialen Netzwerken darüber berichtet, dass im Januar und Februar Menschen mit Messerattacken von „Migrant*innen“ angegriffen worden seien. Die Informationen verbreiteten sich in einschlägigen Kreisen und Telegramkanälen schnell und wurden auch in der Presse aufgegriffen. Die *AfD* teilte beispielsweise die nicht bestätigte Nachricht von dem ersten Angriff in ihren Social-Media-Kanälen und übertitelte sie mit „Versuchte Tötung in Bautzen“.⁹ Der *AfD*-Stadtrats- und Kreistagsabgeordnete O. Helbing äußerte:

„Wir dürfen diese Entwicklung nicht tolerieren, sondern müssen sie sofort stoppen. Grenzkontrollen verbunden mit Identitätsfeststellungen, Durchführung von Abschiebungen sowie ein hartes Durchgreifen der Justiz gegen straffällig gewordene Asylforderer müssen hier nicht nur die Antwort, sondern der Regelfall sein.“¹⁰

Der Fall wurde als Fakt verkauft und mit vermeintlich zu wenig regulierter Migration in Verbindung gebracht. In den darauffolgenden Wochen gab es noch zwei weitere angebliche Vorfälle, welche eine große Ähnlichkeit zur „ersten Tat“ aufwiesen und als weiterer Beweis diente diesmal ein Bild einer zerschnittenen Hose und einer Schnittwunde am Oberschenkel. Kurz danach ging Helbing den Oberbürgermeister in einer Stadtratsitzung an, warum dieser sich nicht zu den „Angriffen“ äußere. Der *AfD*-Bundestagsabgeordnete für den Landkreis Bautzen postete auf Facebook eine Statistik, die angeblich auf Zahlen des BKA basierte.¹¹ Dabei machte er aus Anzeigen plötzlich zweifelsfrei geklärte Straftaten. Dies ist eine Strategie, die oft von rechten Gruppen verwendet wird, um vermeintlich hohe Kriminalitätsraten zu belegen – man verbreitet einfach zweifelhafte Daten ohne Kontext. Letztendlich stellte sich dann Anfang Februar heraus, dass mindestens die zweite „Tat“ frei erfunden war.¹² Und es wird kaum überraschen, aber eine Einordnung und Richtigstellung durch die *AfD* hat es nicht gegeben. Dieses Beispiel zeigt eindrücklich, wie Desinformationen gezielt verbreitet werden. In diesem Fall bestand

die Desinformation darin, dass Behauptungen, die noch nicht überprüft waren, als Tatsachen verbreitet wurden, obwohl sie mindestens zum Teil Lügen waren. Zudem wurde sich dieser Behauptungen bedient, um die eigene asylfeindliche Position zu untermauern und Konsequenzen zu fordern.

Ein weiteres Beispiel rassistischer Desinformation lässt sich in Leipzig finden. Wer einen Blick auf die Facebookseite des *AfD*-Stadtrats M. Beyer wirft, sieht, dass dieser in verschiedenen Statements Fakten mit Desinformationen vermischt. Zu unterscheiden, was von den Aussagen wahr ist und was nicht, wird schwieriger. Beyer behauptet auf Facebook und im Amtsblatt, dass die erhöhte Anzahl von Menschen mit „Migrationshintergrund“ in Leipzig zurückzuführen sei auf ungesteuerte Massenmigration und suggeriert, dass der soziale Frieden in der Bevölkerung in Gefahr wäre.¹³ An anderer Stelle bezeichnet er die Mitgliedschaft im „Bündnis sichere Häfen“ als einen kommunalen Anreiz, den Leipzig hier für die Migration setzen würde und den es zu beenden gelte. Im gleichen Atemzug bezeichnet er Seenotrettungsinitiativen „als Nichtregierungsorganisationen (NGOs) getarnte Schlepperorganisationen“.¹⁴ Diese Verschwörungserzählung über Seenotrettung wird immer wieder in extrem rechten bis konservativen Kreisen bemüht. Es wird suggeriert, dass die Vereine, deren Schiffe auf dem Mittelmeer Menschen retten, dafür bezahlt würden, Menschen „illegal“ nach Europa zu bringen und somit Menschen „schleusen“ würden. Dies dient zur Verleumdung von Organisationen, die auf dem Mittelmeer für grundlegende Menschenrechte eintreten und Menschen vor dem Ertrinken retten. Manchmal geht die Erzählung einher mit der verschwörungsideologischen Idee, dass hinter der Migration nach Europa ein „geheimer Plan“ stecke, welchen die Seenotretter*innen ausführen. Sowohl die humanistischen Ideale der Seenotretter*innen als auch die Not der Geflüchteten auf hoher See werden verschleiert und abgestritten.

Die Beispiele aus Bautzen und Leipzig zeigen, dass Desinformationen verwendet werden, um die Verknüpfung des Themas Migration mit dem Thema Sicherheit für politische Propaganda einzusetzen. Auch in Wortbeiträgen im Stadtrat sowie in Petitionen scheuen sich Vertreter*innen der *AfD* nicht, gezielt Desinformationen zu verbreiten. Die Argumentationsmuster sind dabei wie-

derkehrend und sehr häufig reagiert die *AfD* auf Eröffnungen neuer Asylunterkünfte mit dem Aufschrei, dass die öffentliche Ordnung durch diese gefährdet sei.¹⁵ Auch wenn die Fakten anderes zeigen, bleibt die *AfD* bei ihren Aussagen. Der Schaden, in Form von Verfestigung rassistischer Vorurteile gegenüber Geflüchteten, ist schwer zu mindern, sobald die Desinformation einmal in der Welt ist.

Barbara Lüke, Bürgermeisterin von Pulsnitz, hat zusammen mit anderen Amtsträger*innen im September 2022 einen Brief an den sächsischen Innenminister geschrieben, um Unterstützung für bedrohte Bürgermeister*innen zu fordern. Sie berichtet von persönlichen Angriffen wie Eierwürfen auf ihr Haus und Beschimpfungen in den sozialen Medien. Lüke beschreibt eine Strategie der Desinformation, bei der falsche Behauptungen während der Stadtratssitzungen protokolliert und später als „unterdrückte Tatsachen“ enthüllt werden. Die *AfD* nutzt im Stadtrat diese Methode, um Amtsträger*innen zu diskreditieren. Mit Dienstaufsichtsbeschwerden werden Bürgermeister*innen unter Druck gesetzt. Lüke betont die Belastung, unter der sie steht, und beschreibt die Desinformation als eine Form der „Zersetzung“, die Amtsträger*innen in eine reaktive Position zwingt und ihre Handlungsfähigkeit einschränkt.¹⁶ Öffentliche Personen sehen sich bundesweit Anfeindungen und diffusen als auch konkreten Bedrohungen ausgesetzt.

Damit ist Lüke nicht allein. Ein anderes Beispiel ist Thomas Zschornak, der sich, trotz sehr hoher Beliebtheitswerte in seiner Amtszeit als Bürgermeister von Nebelschütz (1990–2022), auf einmal einer enormen Desinformationskampagne ausgesetzt sah. Auf einer anonymen Website mit dem Namen „wahrheit-schadowitz.com“ wurde verbreitet, dass er die Finanzen der Gemeinde massiv ruinieren würde. Begleitet wurde der Launch der Website mit einer Postkarte, welche in den Briefkästen der Gemeinde verteilt wurde und „Wahrheiten statt Phantasie“ versprach. Zschornak wurde fälschlicherweise der persönlichen Vorteilsnahme, rechtswidrigen Gebarens und der Vetternwirtschaft bezichtigt. Auch Dienstaufsichtsbeschwerden wurden gegen ihn eingereicht. Was ihm viel Ärger innerhalb und außerhalb der Kommune sowie u.a. eine Prüfung der Kommunalaufsichtsbehörde einbrachte und zu einer enormen Belastung über sein Ehrenamt hinaus führte.¹⁷

Hört man sich Reden auf (extrem) rechten De-

monstrationen an, so lassen sich auch dort viele Desinformationen finden. Es ist den meisten, die schon mal auf einer Demonstration waren, bewusst, dass so manche Zuspitzung in Reden Sachverhalte anschaulicher macht und nicht per se problematisch ist. Doch ist es wichtig, absichtlich irreführende und aufstachelnde sowie gruppenbezogene, Menschenfeindlichkeit bedienende Erzählungen zu entlarven und zu verurteilen. Stefan Hartung, Politiker der extrem rechten Partei *Freie Sachsen*, hielt am 08.01.2024 eine Rede bei einem sich mit den sogenannten Bauernprotesten solidarisierenden Protest in Aue, die sich sehr auffällig nach einem Wunsch zum Systemumsturz verstehen lässt. Dabei hat er z.B. ein komplettes Systemversagen attestiert und gesagt, dass Schluss sein müsse mit dem deutschen Parlamentarismus und es die von unten getragene Wende brauche. Endlich „wieder souverän sein“ auch von der Fremdbestimmtheit durch die USA, so sagte er. Wer angesichts der Zahlung von Beraterhonoraren oder bei staatlichen Subventionen von „In diesem Staat muss man kriminell sein, um in der Regierung sitzen zu können.“¹⁸ redet, der hat jegliche rote Linie der Wahrheit hin zum weiten Feld der Desinformationen übertreten.

Es lässt sich feststellen, dass alle extrem rechten Parteien in Sachsen Desinformationen nutzen, um ihre Botschaften zu transportieren. Dabei ist es egal, ob es sich um *Die Heimat*, die Partei *Der III. Weg*, die *AfD*, die *Freien Sachsen* oder kleinere regional agierende Parteien und Wahlbündnisse handelt.

AUSWIRKUNGEN

Der Forscher Samuel Salzborn ordnet im deutschen Kontext ein, dass digitale Desinformationen maßgeblich dazu dienen, Aggression zu schüren, um Menschen zu impulsiven Handlungen zu verleiten. Ergo zu Gewalt, Hass und Hetze. Weiterhin sagt Salzborn, dass rechte digitale Räume dazu dienen, dass „die auch schon vorher vorhandenen rassistischen und antisemitischen Einstellungen nun Teil der halböffentlichen Auseinandersetzung geworden sind und auf diese Weise multipliziert und tausendfach verbreitet werden können, ohne dass sie auf tatsächlichen Fakten basieren würden“.¹⁹ Es lässt sich gleich-



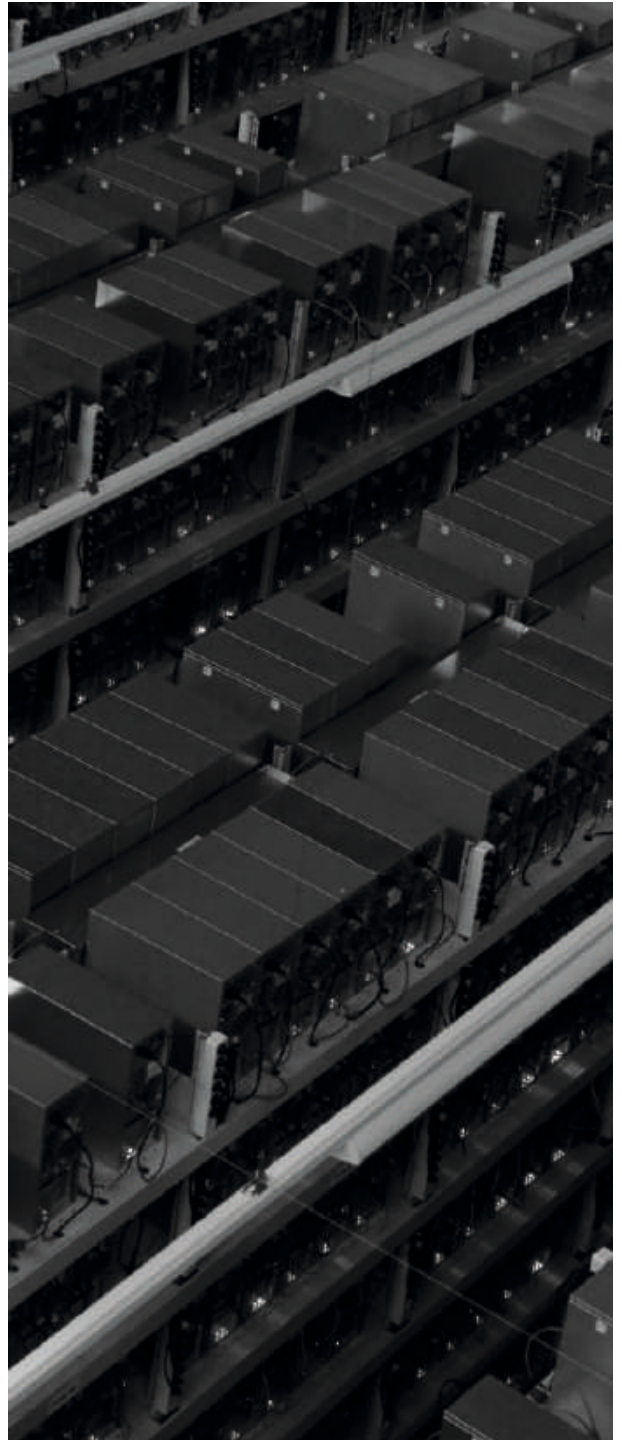
zeitig beobachten, dass rechte Gewalttaten zunehmen.²⁰ Die Amadeu Antonio Stiftung stellte im Zuge ihres Monitorings fest, dass der extrem rechte Online-Diskurs zunehmend faktenresistent zu werden scheint.²¹ Es wurden Fälle beobachtet, in denen vehement an Auslegungen festgehalten wurde, die offensichtlich nicht faktenbasiert waren und teilweise absurde Züge annahmen. Diese toxischen Narrative bergen ein großes Gefahrenpotenzial, auch wenn sie mitunter komisch erscheinen. Faktenbasierte Gegenargumente und Informationskampagnen scheinen bei den hartnäckigen Anhänger*innen solcher Erzählungen schwer anzukommen. Dies birgt in Kombination mit Gewaltaffinität eine enorme Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Die Auswirkungen davon können auf gesellschaftlicher Ebene enorm sein. So sagte die Forscherin Kate Starbird im Oktober 2019 in einem Vortrag:

„Desinformation verringert unsere Fähigkeit zu erkennen, was oder wem wir noch vertrauen sollen. Wer nicht mehr weiß, wo verlässliche Informationen zu finden sind, läuft Gefahr, seine Handlungsfähigkeit zu verlieren. Wir wissen nicht, was wir tun sollen, weil wir nicht mehr sicher sind, was los ist. Und verlieren so unsere Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, die auf einer Kenntnis der Welt beruhen, wenn wir unserem Wissen über diese Welt nicht mehr vertrauen. Desinformation ist also nicht einfach falsche Information.“²²

Desinformationen bestimmen in vielen Fällen Diskurse oder geben ihnen eine bestimmte Richtung. Ihre Funktionsweise ist einfach: „Wenn Menschen Aussagen öfter lesen oder hören, vermuten sie, dass die Mehrheit diese wohl akzeptieren (falscher Konsensus-Effekt).“²³ Informationen wird eher Glauben geschenkt, wenn sie zu eigenen vorherigen Überzeugungen und Erfahrungen passen. Dabei lässt sich feststellen, dass sie sich durch Hartnäckigkeit und Veränderungsresistenz auszeichnen. Es ist deutlich schwieriger, einmal geglaubte Desinformationen wieder aus den Köpfen zu bekommen, als sie zu verbreiten.²⁴

Moderne Desinformationskampagnen nutzen etablierte Verfahren und integrieren neue Möglichkeiten, die durch das Internet entstanden sind. Diese beinhalten die weltweit einfachere Verbreitung von Informationen über soziale Netzwerke sowie die desinformationsfreundli-



chen Geschäftsmodelle von Internetplattformen. Ziel der Plattformen ist es, die Aufmerksamkeit der Nutzenden zu binden, um mehr Werbung präsentieren zu können und damit letztlich mehr Geld zu verdienen. Studien zeigen, dass Verschwörungserzählungen, Skandale und sensationlüsterne Inhalte die Nutzenden länger auf diesen Plattformen halten und somit durch mehr Klicks auf Werbung Gewinn generieren. Ein weiteres Problem ist „Micro-Targeting“, bei dem gezielt Werbung an Nutzende mit passenden psychologischen Profilen und Interessen gesendet wird. Dadurch kann Desinformation individualisiert und automatisiert werden.²⁵

FAZIT

Es ist festzustellen, dass extrem rechte Parteien und andere rechte Akteur*innen in hohem Maße und scheinbar standardisiert Desinformationen einsetzen, um ihre Ziele zu erreichen. Zentrale Themenfelder sind dabei geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, Migration, die Klimakrise und die Diffamierung von politischen Gegner*innen. Sie nutzen geschickt die verfügbaren Mittel sowohl im digitalen als auch im realen Raum, um diese zu verbreiten. Dabei profitieren sie auch von ihren politischen Ämtern und setzen verschiedene Bühnen und Kanäle ein, um eigene Themen zu platzieren und zum Erstarken von Hass und Hetze sowie zum Rechtsruck in der Gesellschaft beizutragen. Gleichberechtigter Meinungsstreit politischer Positionen und Forderungen wird durch Desinformation erschwert bzw. verunmöglicht. Jene Parteien und Positionen im politischen Diskurs, die nicht auf Desinformation setzen, haben einen Wettbewerbsnachteil in politischen Aushandlungsprozessen. Das schwächt die Positionen demokratischer und pluralistischer Stimmen. Dem mit allen Mitteln zu begegnen, ist Aufgabe aller, die die freiheitlich demokratische Grundordnung bewahren wollen. Dafür muss das Problem als Ganzes angesehen und angegangen werden.

- 1 | <https://www.slpb.de/veranstaltungen/details/2932>
- 2 | <https://www.slpb.de/veranstaltungen/details/2932>
- 3 | <https://www.deutschlandfunk.de/desinformation-im-us-wahlkampf-wie-die-demokratie-gehackt-100.html>
- 4 | <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/kultur-und-gesellschaft/desinformation/2238984>
- 5 | Halbwahrheiten sind Falsch-aussagen, die zu einem Teil auf tatsächlichen Ereignissen, zu einem anderen auf fiktiven oder spekulativen Inhalten basieren, oder die reale Sachverhalte übertreiben, umdeuten oder in falsche Zusammenhänge stellen.
- 6 | <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/stopfake-news/246807/den-durchblick-behalten-so-lassen-sich-fake-news-enttarnen/>
- 7 | <https://www.youtube.com/watch?v=GtBnj3Z3eO4>
- 8 | <https://www.stiftung-nv.de/de/publikation/fakten-statt-fakes-verursacher-verbreitungswege-und-wirkungen-von-fake-news-im>
- 9 | <https://t.me/s/afdkreisverband-bautzen>
- 10 | <https://www.saechsische.de/bautzen/bautzen-polizei-messerattache-migranten-erfunden-5949816.html>
- 11 | <https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/>
- 12 | <https://www.saechsische.de/bautzen/bautzen-polizei-messerattache-migranten-erfunden-5949816.html>
- 13 | <https://www.facebook.com/marius.beyer.afd/>
- 14 | <https://www.facebook.com/marius.beyer.afd/>
- 15 | <https://www.l-iz.de/politik/leipzig/2023/07/stadtrat-afd-petition-antrag-niederlage-544002>
- 16 | <https://taz.de/Angefeindete-Buergermeister/15988630/>
- 17 | <https://taz.de/Angefeindete-Buergermeister/15988630/>
- 18 | https://www.youtube.com/watch?v=ohuY027_ePk
- 19 | https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf S.51.
- 20 | <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-sachsen-2022-6968>
- 21 | https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf S.10.
- 22 | <https://www.deutschlandfunk.de/desinformation-im-us-wahlkampf-wie-die-demokratie-gehackt-100.html>
- 23 | https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf S.42.
- 24 | https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf S.42.
- 25 | <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/290487/desinformation-vom-kalten-krieg-zum-informationszeitalter/>



*Literaturverzeichnis***Am AFD Kreisverband Bautzen (2024):**

telegram, 17. Januar, <https://t.me/s/afdkreisverbandbautzen>, letzter Zugriff: 21.03.2024.

auswaertiges-amt.de (2020):

„Von Bots, Trollen und Elfen – Desinformation als gesamtgesellschaftliche Herausforderung“, 6. Mai, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/kultur-und-gesellschaft/desinformation/2238984>, letzter Zugriff: 20.03.2024.

Beyer, M. (2024):

„Beitrag unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Marius Beyer in der Amtsblatt-Ausgabe Nr. 03/2024, erschienen am 10. Februar 2024“, facebook, 20. Februar, <https://www.facebook.com/marius.beyer.afd/>, letzter Zugriff: 20.03.2024.

Beyer, M. (2024):

facebook, 7. Januar, <https://www.facebook.com/marius.beyer.afd/>, letzter Zugriff: 20.03.2024.

bpb.de (2019):

„Desinformation: Vom Kalten Krieg zum Informationszeitalter“, 2. Mai, <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/290487/desinformation-vom-kalten-krieg-zum-informationszeitalter/>, letzter Zugriff: 19.03.2024.

bpb.de (2017):

„Den Durchblick behalten. So lassen sich Fake News enttarnen“, 23. Februar, <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/stopfakenews/246807/den-durchblick-behalten-so-lassen-sich-fake-news-enttarnen/>, letzter Zugriff: 20.03.2024.

Freie Sachsen:

„Wir sind die Wende!“ – Rede von Stefan Hartung am 8. Januar in Aue“, Youtube, 09.01.2024, Web, 28.02.2024, in: https://www.youtube.com/watch?v=ohuYO27_ePk.

Gerlach, Thomas (2024):

„Im Kreuzfeuer - Angefeindete Bürgermeister“, 14. Februar, <https://taz.de/Angefeindete-Buergermeister/!5988630/>, letzter Zugriff: 18.03.2024.

Julke, Ralf (2023):

„Der Stadtrat tagte: AfD erleidet mit Petition und Antrag gleich doppelte Niederlage + Video“, 9. Juli, <https://www.l-iz.de/politik/leipzig/2023/07/stadtrat-afd-petition-antrag-niederlage-544002>, letzter Zugriff: 19.03.2024.

Hilse, Karsten (2024):

facebook, 29. Januar, <https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/>, letzter Zugriff: 20.03.2024.

mailLab:

„So werden wir von der Politik ver*rscht“, Youtube, 18.02.2024, Web, 19.03.2024, in: <https://www.youtube.com/watch?v=GtBn-j3Z3e04>.

RAA Sachsen (2023):

„Rechtsmotivierte, rassistische und antisemitische Gewalt in Sachsen 2022“, 30. März, <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-sachsen-2022-6968>, letzter Zugriff: 19.03.2024.

slpb.de (2023):

Desinformation als Herausforderung für die Demokratien der Gegenwart, <https://www.slpb.de/veranstaltungen/details/2932>, letzter Zugriff: 20.03.2024.

Schimmek, Tom (2020):

„Wie die Demokratie gehackt wird“, 4. Oktober, <https://www.deutschland-funk.de/desinformation-im-us-wahlkampf-wie-die-demokratie-gehackt-100.html>, letzter Zugriff: 19.03.2024.

Schlenker, Katja (2024):

„Bautzen: Messerattacke durch Migranten war erfunden“, 6. Februar, <https://www.saechsische.de/bautzen/bautzen-polizei-messerattacke-migranten-erfunden-5949816.html>, letzter Zugriff: 19.03.2024.

Sängerlaub, Alexander / Meier, Miriam / Rühl, Wolf-Dieter (2018):

Studie „Fakten statt Fakes“, <https://www.stiftung-nv.de/de/publikation/fakten-statt-fakes-verursacher-verbreitungswege-und-wirkungen-von-fake-news-im>, 26.03.2018.

- 4 -

DER SOMMER DES ANTIFEMINISMUS

Die liberale Demokratie gibt das Versprechen ab, dass die Menschen gleich an Rechten geboren werden. Dass diese Gleichheit an Rechten aber immer wieder erkämpft und verteidigt werden muss, daran erinnern uns aktuelle und laufende Debatten um identitätspolitische Fragen. In einen Verteidigungsmodus können diese Debatten rutschen, wenn sie fernab der großen Städte in ländlichen Räumen ausgefochten werden, wo keine kosmopolitisch aufgeschlossenen Mehrheiten existieren. Da kann das Erkämpfen auch zu einer Gegenreaktion einer weißen männlich-hegemonialen Kultur führen, die sich keinen universalistischen Idealen hingeben muss. So geschehen in Zwickau im Sommer 2023, wo ein mehrheitlich konservativ bis extrem rechter Stadtrat¹ ein Gender-Verbot für die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe der Stadt Zwickau beschlossen hat und ein queere feministische Künstler*innenkollektiv massiv online bedroht wurde, um eine Aufführung ihres Theaterstücks „LECKEN“ im Theater Plauen-Zwickau zu verhindern.

Zugleich ist der Sommer des Antifeminismus² ein Paradebeispiel, warum Antifeminismus ein sehr wichtiger Bezugspunkt für die extreme Rechte darstellt. Die Themen, die sich darunter subsumieren lassen, wirken als Brücken in ein konservatives Milieu hinein und wirken auf diese Kreise anziehend. Eine fehlende klare Haltung mit Menschenrechtsorientierung führt immer wieder dazu, dass diskursiv in die gleiche Richtung gestoßen wird oder sogar eine Zusammenarbeit stattfindet. Die folgende Beschreibung aus Zwickau zeugt davon.

Den ersten Versuch, den städtischen Institutionen das gendersensible Schreiben zu verbieten, unternahm die *AfD* im Oktober 2021. In ihrem Antrag führten sie aus, dass gehörlose Menschen und Menschen mit

Sprachdefiziten durch das Gendern überfordert wären. Dass der Antrag der *AfD* allerdings eine Reaktion auf die Ankündigung des Jugendbeirates war, zukünftig mit Doppelpunkt zu gendern, unterschlugen sie. Wohl wissend, dass der Stadtrat es dem Jugendbeirat nicht verbieten kann. Oberbürgermeisterin Constance Arndt (Bürger für Zwickau) verwies den Antrag schlussendlich nicht in den Ausschuss, weil die städtischen Betriebe nicht gendern und der Antrag dementsprechend überflüssig sei.³

Ein gutes Jahr später unternahm die *AfD* einen zweiten Anlauf. Diesmal war ihnen der Einsatz des Doppelpunktes durch das Theater Plauen-Zwickau ein Dorn im Auge. In ihrem Antrag von Dezember 2022 forderten sie explizit die Oberbürgermeisterin auf, „ihren Einfluss geltend zu machen, dass bei sämtlichen Werbemaßnahmen [...] ausschließlich die deutsche Schriftsprache gemäß Duden zur Anwendung kommt“.⁴ Diesmal wurde der Antrag durch die Oberbürgermeisterin angenommen und kam zur weiteren Beratung erst in den Hauptausschuss und später in den Kulturausschuss. Dort erfuhr der Antrag eine verblüffende Erweiterung. Während die *AfD* „nur“ forderte, dass die Oberbürgermeisterin ihren Einfluss in der Gesellschaftsversammlung des Theaters geltend machen sollte, um dem Gendern Einhalt zu gebieten, konnten sich die Parteien im Ausschuss darauf einigen, ein generelles Gender-Verbot für die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe vorzuschlagen. Sie weiteten das Anliegen der *AfD* aus und sicherten so die Mehrheit. Zusammen mit der *AfD* stimmten die Fraktion *CDU/FDP* und die *Fraktion freier Bürger*⁵ für ein Gender-Verbot.

Eine wirkliche Veränderung hat sich durch den Entscheid allerdings nicht ergeben. Das Theater war und ist die einzige städtische Gesellschaft, die gendersensib-



le Sprache nutzt und sie tut das weiterhin. Dabei beruft sich das Theater auf die Kunstfreiheit und zeigt mit seiner Haltung auf, dass „Sprache und Machtausübung eng verknüpft sind“. ⁶ Ein Verbot würde an dieser Stelle nur eine gesellschaftliche Debatte „beenden“, so der Generalintendant Dirk Löschner. ⁷ Alle anderen Institutionen und Eigenbetriebe werden es sich in Zukunft sicherlich zweimal überlegen, ob sie eine geschlechtergerechte und sensible Sprache zur Anwendung bringen wollen.

Der Sommer des Antifeminismus endete in Zwickau allerdings nicht mit dem Gender-Verbot. Für den September 2023 war das Wildwechsel-Theaterfestival in Zwickau geplant. Ein Festival der ostdeutschen Theater für junges Publikum. Eingeladen war CHICKS*, ein freies Performancekollektiv, um sein Stück „LECKEN“ aufzuführen. Im Stück „sprechen trans, nicht-binäre und cis-weibliche Personen über Sexualitäten und stellen Fragen, die im Aufklärungsunterricht vergessen werden“. ⁸

Um eines vorwegzunehmen: Das Theaterstück wurde aufgrund eines bürokratischen Fehlers abgesagt. Es fehlten eingeplante Gelder, um „LECKEN“, aber auch andere Stücke des Festivals zu finanzieren. Eine Tragödie, die sich leider nicht auf der Bühne abspielte. Allerdings verbuchten die *Freien Sachsen* die Absage auf ihrer Haben-Seite. ⁹ Wie kam es dazu?

Nachdem die *Freien Sachsen* in einem ihrer Telegramm-Beiträge auf die Aufführung aufmerksam machten, bildete sich in Zwickau eine Bedrohungsallianz ¹⁰ der extremen Rechten, die aus unterschiedlichen Ecken heraus ihre Angriffe und Bedrohungsszenarien auf das Theaterstück fantasierten. Online gaben die *Freien Sachsen* über ihre Kanäle die Stichworte und hielten ihre Gefolgschaft

auf dem Laufenden. Der neonazistische Kleinpartei *Der III. Weg* war das Theaterstück ebenfalls eine queerfeindliche Meldung auf seiner Homepage wert.

Besonderen Eifer in ihren Anfeindungen zeigten aber die Organisator*innen des Kinderfestivals „Stark für Kinder Zwickau“, die selbst ein Kinderfestival im Sommer ausrichteten und dabei ein „wichtiges Zeichen gegen Gewalt, Missbrauch und Mobbing“ setzen wollten. Viel mehr als diese Verlautbarung war dem Festival inhaltlich nicht zu entnehmen. Doch stehen Vorwürfe im Raum, dass der Hauptorganisator eine „gewisse“ Nähe zum rechten Spektrum besitzt. ¹¹ 2019 betrieb er aktiv Wahlkampf für die *AfD*. ¹² Darüber hinaus hat der Tätowierer nach eigener Aussage kein Problem damit, schwarze Sonnen und Waffen- und Wehrmachtsmotive zu stechen. Reichsadler werden allerdings nur angedeutet und Hakenkreuze wären sein persönliches No-Go. Zudem soll er der extrem rechten Sportgemeinschaft „Barbaria Schmölln“ ¹³ Trikots gesponsert haben. ¹⁴

Die Organisator*innen führten ihre Angriffe per Facebook aus und sprachen sich in ihren jeweiligen Beiträgen zum Thema „LECKEN“ dafür aus, „DIE KINDER IN RUHE“ zu lassen. Oder sie gingen der queerfeindlichen Verschwörung nach, dass wir alle „aussterben [...], weil es uncool ist ne [sic] normale Familie zu sein“ und positionierten sich „gegen diese Art der Aufklärung“. ¹⁵ Unter den jeweiligen Einträgen finden sich unzählige queerfeindliche Kommentare.

Die Angriffe auf parlamentarischer Seite führten der mittlerweile freie Stadtrat Sven Georgi (vormals *Zukunft Zwickau*) und die *AfD* aus. Während Sven Georgi in Vorbereitung auf das Festival nachfragte, inwiefern die Stadt Zwickau finanziell in das Theaterfestival eingebunden ist und gängige Mythen einer vermeintlichen sexuellen Früherziehung zitierte, führte die *AfD* die Nachhut aus. ¹⁶ So benannte Stadtrat Wolfgang Elsel in seiner Anfrage das Stück als „Unappetitlichkeit“ ¹⁷ und fragte nach, warum die Stadt Zwickau genehmigte Fördermittel nicht nach dem Widerstand aus der Bevölkerung zurücknahm. ¹⁸

Die *Fraktion freier Bürger* verknüpfte währenddessen auf ihrer Facebook-Seite die beiden antifeministischen Angriffe der extremen Rechten im Sommer des Antifeminismus in Zwickau. So setzten sie das Nicht-Umsetzen des Genderverbots mit der Aufführung eines

queeren Theaterstücks gleich und griffen den Generalintendanten direkt an, indem sie sein Verhalten als antidemokratisch verunglimpften.¹⁹ Sie zeigten damit auf, dass die Themen nicht für sich alleine stehen und einzeln betrachtet werden können, sondern aus Sicht einer rechten Weltanschauung als zwei Bausteine eines rechten Kulturkampfes gesehen werden müssen. Durch die beiden Themen ergaben sich in Zwickau zwei Möglichkeiten, Bedrohungsallianzen der extremen Rechten zu schließen.

Über das Thema 'gendersensible deutsche Sprache' kann ein konservatives Milieu bedient werden, das sich in der Zwickauer *CDU* und *FDP* sammelt. Das Beschützen der deutschen Sprache und das Verhindern von geschlechtergerechter Sprache ist ein ideologischer Bezugsrahmen, mit dem die *AfD* Kreise der *CDU* und *FDP* zur Zusammenarbeit gewinnen kann und damit politische Gewinne auf kommunaler Ebene erzielt.

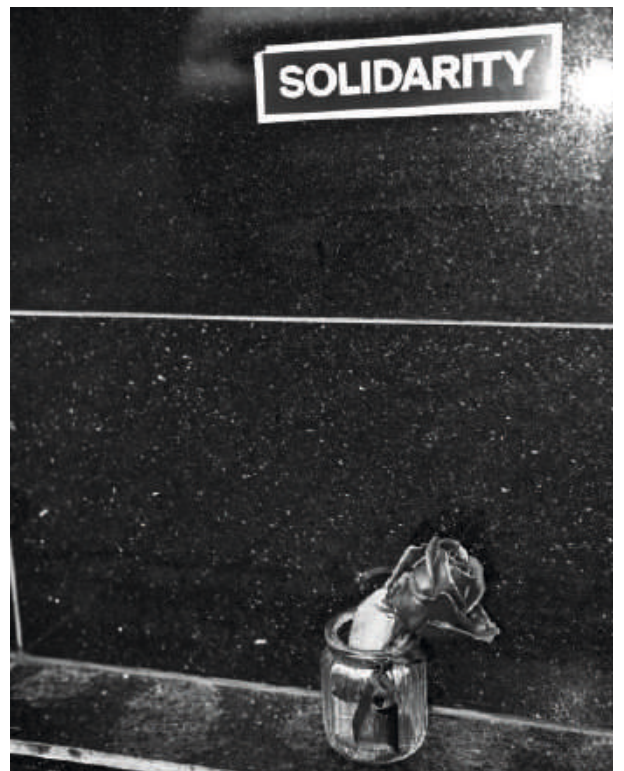
In Zwickau kann zugleich beobachtet werden, wie die *CDU* für Kompetenzzugewinne sorgt, indem sie sich den *AfD*-Anträgen anschließt. Der qualitative Unterschied zwischen den ersten *AfD*-Anträgen und den in den Ausschüssen gemeinsam gestalteten Anträgen ist offensichtlich und hat erst dafür gesorgt, dass über ein „Genderverbot“ abgestimmt wurde.

Zugleich erreichten sie ein zweites Ziel, was Maximilian Krah (*AfD*) als die „Implosion der *CDU*“²⁰ benennt. Durch die gelungene Zusammenarbeit auf den politischen Ebenen versucht die *AfD*, die *CDU* in zwei Teile zu spalten. Einen Teil, der geflissentlich mit der *AfD* kooperiert und paktiert, und eine Art „Grüne 2.0“.²¹ Das gemeinsame Gestalten des Gender-Verbotes in Zwickau kann damit als

Musterbeispiel gelten, um das Aufweichen der *CDU* und das Abschwächen der demokratischen Institutionen zu beschreiben.

Andersherum verhält es sich bei den queerfeindlichen Angriffen, die durch die *AfD* erst verspätet aufgegriffen wurden. Hier gaben als erstes *Freie Sachsen* und individuelle extrem rechte Akteur*innen den Ton vor. Die *AfD* schloss sich erst an, als die Absage der Aufführung offiziell war. Doch war es der *AfD* wichtig, eine eigene Note zu setzen. Queerfeindlichkeit dient dabei als Legitimationsbrücke, um die Bedrohungsallianzen anwachsen zu lassen und auf verschiedenen Ebenen Diskurse zu zerstören.

Was also bleibt von diesem Sommer des Antifeminismus in Zwickau? Die Gleichheit der Menschen bleibt antastbar und ist für rechte reaktionäre Mehrheiten kein Hinderungsgrund, dem Wunsch nach einem autoritären Durchregieren nachzugeben. Ganz im Gegenteil zeigt sich, dass Verbote ein probates Mittel sind, um Modernitätsgewinne zu ersticken und Diskurse zu beenden. Die digitalen Angriffe auf Social-Media-Plattformen und parlamentarische Angriffe im Stadtrat zeigen, dass der Schutz der physischen und psychischen Unversehrtheit keinen Wert für rechte Ideologien besitzt. Da, wo die Ideologien der Ungleichwertigkeit herrschen, gibt es keinen Schutz für das ungleich Sein.



*Literaturverzeichnis***Antifainfoblatt (2019):**

Kommunale AfD-Mandatsträger und das Neonazi-Milieu, <https://antifainfoblatt.de/aib124/kommunale-afd-mandatstraeger-und-das-neonazi-milieu>, 19.11.2019.

Blum, Rebekka (2019):

Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus, Hamburg.

CHICKS* (2023): abrufbar unter:

www.chicksperformance.de/projekte.

Freie Presse (2021):

OB lässt Antrag zum Gendern nicht zu, <https://www.freiepresse.de/zwickau/zwickau-ob-laesst-afd-antrag-zum-gendern-nicht-zu-artikel11800507>, 30.10.2021.

Freie Presse (2022):

„Sänger:innen“: Theater Plauen-Zwickau und AfD streiten ums Gendern, <https://www.freiepresse.de/zwickau/zwickau/saenger-innen-theater-plauen-zwickau-und-afd-streiten-ums-gendern-artikel12624455>, 27.12.2022.

Freie Presse (2023):

Kinderfest von Tätowierern und Bikern in Zwickau – So reagieren sie auf Rechtsextremismus-Vorwürfe, <https://www.freiepresse.de/zwickau/zwickau/kinderfest-von-taetowierern-und-bikern-in-zwickau-so-reagieren-sie-auf-rechtsextremismus-vorwuerfe-artikel12999856>, 11.08.2023.

Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020):

Rechte Bedrohungsallianzen. Berlin.

Kölner Stadt-Anzeiger (2023):

AfD-Spitzenkandidat nennt „Implosion der CDU“ als Ziel, <https://www.ksta.de/politik/afd-spitzenkandidat-maximilian-krah-zerstoerung-cdu-csu-union-implosion-634456>, 25.08.2023.

MDR Sachsen (2023):

Theater Plauen-Zwickau will Genderverbot ignorieren, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/zwickau/theater-zwickau-stadtrat-gendern-100.html>, 05.07.2023.

Stadtrat Zwickau (2022):

Gendersprache in der Werbung des Theaters Plauen/ Zwickau, Vorlagennummer: AN/029//2022, 28.11.2022.

Stadtrat Zwickau (2023):

OB-Anfrage. Vorlagennummer: AF/318/2023.

Stadtrat Zwickau (2023b):

Beantwortung Anfrage. Vorlagennummer: AF/346/2023.

Telegram-Kanal Freie Sachsen**LK Zwickau (2023):**

<https://t.me/freiesachsenswickau/4283>; 10.09.2023.

-
- | | |
|---|--|
| 1 Insgesamt 48 Sitze teilen sich wie folgt auf:
CDU/FDP 14 Sitze, AfD 7 Sitze, Fraktion freier Bürger 6 Sitze, Bürger für Zwickau 4 Sitze, SPD/Grüne/Tierschutzpartei 9 Sitze, Die Linke 7 Sitze, Fraktionslos 1 Sitz. | 11 Freie Presse (2023). |
| 2 Definiert nach Blum 2019: 114. Antifeminismus als Gegenbewegung zu emanzipatorischen Gesellschaftsveränderungen, insbesondere hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses. | 12 Antifainfoblatt (2019). |
| 3 Freie Presse 2021. | 13 Ein extrem rechtes Kampfsport-Gym, welches junge Menschen anlockt. Weitere Informationen unter: https://www.belltower.news/barbaria-schmoelln-rechtsextremes-kampfsport-angebot-fuer-die-jugend-im-alttenburger-land-146417/ . |
| 4 Stadtrat Zwickau 2022. | 14 Freie Presse (2023). |
| 5 Die „Fraktion freier Bürger“ hat sich 2021 von der AfD abgespalten. | 15 Facebookbeiträge: eigene Recherche. |
| 6 Zitiert nach Freie Presse (2022). | 16 Stadtrat Zwickau (2023). |
| 7 MDR Sachsen (2023). | 17 Stadtrat Zwickau (2023b). |
| 8 Zitiert nach www.chicks-performance.de/projekte . | 18 Ebd. |
| 9 Telegram-Kanal Freie Sachsen LK Zwickau (2023). | 19 Eigene Recherche - Facebook-Seite Fraktion freie Bürger 2023. |
| 10 Heitmeyer/Freiheit/Sitzer (2020). | 20 Kölner Stadt-Anzeiger 2023. |
| | 21 Ebd. |

- 5 -

IM VOGTLAND NICHTS NEUES. ORDNUNGSPOLITISCHE EINBAHNSTRASSE STÄRKT RECHTE NARRATIVE

Der Postplatz in Plauen ist nicht nur ein zentraler öffentlicher Raum, sondern auch die Zentralhaltestelle für den öffentlichen Nahverkehr. Umgeben von Einkaufszentren, Cafés und Geschäften dient er als Treffpunkt für verschiedene Menschen aus Plauen und Umgebung. Als einer der wichtigsten Knotenpunkte der Stadt ist der Platz in besonderem Maße im Fokus der Aufmerksamkeit – auch im Hinblick auf Sicherheitsfragen. Obwohl es sich eigentlich um ein gewöhnliches Stadtzentrum einer sächsischen Mittelstadt handelt, ist aufgrund einiger weniger Zwischenfälle im Jahr 2023 eine große Debatte um Kriminalität, Sicherheit und Migration entbrannt. Diese sorgte sowohl in Plauen und Umgebung als auch überregional für große Aufmerksamkeit. Der sich dabei etablierende Diskurs ist in einer Weise strukturiert, die rassistische Narrative und eine restriktiv-autoritäre Durchsetzung der öffentlichen Ordnung fördert.

Am 4. Juli 2023 debattiert der Stadtrat Plauens über einen Antrag der *CDU* zur Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung, nachdem Bereiche um den Postplatz bereits in den Jahren davor einige Diskussionen um Verbotszonen ausgelöst hatten.¹ In der Debatte wird vom Oberbürgermeister eine seiner Meinung nach „verfehlte Migrationspolitik des Bundes“ in einen Zusammenhang mit Gewaltdelikten im Stadtzentrum gebracht. Es wird somit schon zu Beginn eine Verbindung zwischen Kriminalität und Migrant*innen hergestellt und das rassistische Stereotyp des „kriminellen Ausländers“ reproduziert. Die Stoßrichtung der Debatte ist damit gesetzt.

Der von der *CDU* seit langem forcierte Diskurs² um Sicherheit und Ordnung flammt erneut auf, nach-

dem mehrere Videos von gewalttätigen Auseinandersetzungen von Jugendlichen in der Innenstadt im April und Mai 2023 im Netz auftauchen.³ Anlässlich der Debatte um Sicherheitsmaßnahmen wird am 4. Juli 2023 ein Sicherheitsgipfel einberufen und eine Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen im Bereich des Postplatzes beschlossen. Die Polizei soll sichtbarer und der kommunale Vollzugsdienst personell verstärkt werden. Frank Zabel vom Kommunalen Präventionsrat Plauns betont zwar, der Postplatz sei ein öffentlicher Raum, der für alle da sei, bezeichnet ihn jedoch auch als „gute Stube“ Plauns. Aufgrund der Frequentierung durch unterschiedliche Gruppen wie „Jugendliche, Alkoholiker und Migranten“ gibt es ein Konfliktpotenzial, so Zabel.⁴ Diese Aussage charakterisiert das übergreifende Muster, durch den der Diskurs strukturiert wird: Akteur*innen wie Medien, städtische Behörden, Verwaltungen, Parlamente und Anwohnende konstruieren eine Problemsituation, die bestimmte Gruppen explizit markiert und aufgrund der Abweichung von einer „Normalität“ als potenzielles Problem darstellt. Die ins Spiel gebrachten Lösungsansätze fokussieren die Verdrängung jener Menschen, die nicht dem erwünschten Bild entsprechen, dass man sich für den Platz vor dem neuen Landratsamt und die dort befindliche Einkaufszone wünscht.

Am 30. August 2023 wird erneut im Rahmen einer Krisensitzung des Stadtrates, zu der auch Polizeipräsident Lichtenberger geladen wurde, die Alkoholverbotzone beschlossen.⁵ Dass Alkohol im Fall der vorausgegangenen Gewalteskalationen eine Rolle gespielt hat, ist indes bis heute nicht eindeutig belegt.

MEDIEN ALS KATALYSATOR

Neben einer intensiven Berichterstattung der regionalen Tageszeitung Freie Presse, äußern sich auch Medien wie BILD und Focus Online Mitte Mai mit fragwürdigen Beiträgen.⁶ So schreibt beispielsweise die BILD von „integrationsunwilligen Migranten“, die Plauen „terrorisieren“.⁷ Auch explizit rechte Medien melden sich teils am selben Tag zu Wort. Die neu-rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ veröffentlicht am 16.05.2023 einen Artikel mit dem reißerischen Titel: „Gewalt-Orgien - Wie Migranten das beschauliche Plauen zur No-Go-Area machen“.⁸ Das rechte Medienportal „Tichys Einblick“ schlägt in dieselbe Kerbe.⁹

Aus diesen wenigen Beispielen wird bereits erkenntlich, wie einzelne Medien an der Konstruktion einer Problemwahrnehmung beteiligt sind, die Migration bzw. Migrant*innen zum Fixpunkt des dargestellten Problems macht.¹⁰ Nicht nur indem Migrant*innen – dem rassistischen Stereotyp folgend – mit Kriminalität in Verbindung gebracht werden, sondern auch durch die Gegenüberstellung von Stadt/Stadtgesellschaft und Migrant*innen, die dadurch aus jener ausgeschlossen und zur äußeren Bedrohung stilisiert werden.

Das Sinken des subjektiven Sicherheitsempfindens wird so begünstigt und ein Diskurs etabliert, der auch bestimmt, wer dazu sprechen darf. So führten Stadtrat Tobias Kämpf (CDU) und Frank Zabel vom Kommunalen Präventionsrat einen zweistündigen Bürger*innendialog durch und gaben Zeitungsinterviews,¹¹ in denen jeweils viel über, aber nicht mit migrantischen Menschen gesprochen wurde. Der medial unterfütterte städtische Diskurs wird zur sich selbst verstärkenden Echokammer, indem alternative Lösungsansätze, Problemdiagnosen und Erklärungen ausgeschlossen sind. Die Art und Weise, wie das Problem dargestellt wird, nimmt die Klärung der Ursachen vorweg: Schuld sind die Migrant*innen.



„WAHRNEHMUNGSSTÖRUNG“

Die vorhandenen Statistiken zeigen auf, dass es sich beim Plauener Stadtzentrum nicht um einen Kriminalitätsschwerpunkt handelt. Im Gegenteil - die Kriminalitätsrate in der Stadt Plauen ist zu diesem Zeitpunkt rückläufig und das Stadtzentrum weicht statistisch nicht von einem erwartbaren Aufkommen an Straftaten in Korrelation zu vergleichbaren Orten ab.¹² Entscheidend für die Durchsetzung polizeilicher und ordnungspolitischer Maßnahmen ist dem Anschein nach nicht die Faktenlage, sondern eine andere Größe: das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger*innen. Eine Größe, der man zwar nicht sicherheitspolitisch begegnen kann, die man aber durchaus ernst nehmen sollte. Ob allerdings ein Schwinden des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Plauener Bevölkerung tatsächlich gegeben ist, kann bisher nicht geklärt werden, da es keine belastbaren empirischen Daten gibt, die hierfür Evidenzen liefern würden.¹³

Trotz dieser Faktenlage argumentieren alle Fraktionen im Stadtrat, der Oberbürgermeister und der Polizeipräsident für ihre jeweiligen Maßnahmen zur Problemlösung mit einem gesunkenen Sicherheitsgefühl aufgrund eines gefühlten Anstiegs der Gewalt im Stadtzentrum.

Diese Entwicklung wirft Fragen auf: Gibt es tatsächlich ein gesunkenes Sicherheitsgefühl in der Stadt? Wenn ja, was sind die Gründe dafür? Welche Rolle spielt der Stadtrat und die einseitige Medienberichterstattung? Wie entsteht diese Diskrepanz zwischen real stattfindender Gewalt bzw. Kriminalität und dem Diskurs um ein vermeintlich gesunkenes Sicherheitsgefühl und warum werden hierbei restriktive Lösungsansätze favorisiert?



VOM SUBJEKTIVEN SICHERHEITSGEFÜHL ZUR ALKOHOLVERBOTSZONE

Der so geführte Diskurs nimmt mit seiner Konstruktion des Problems nicht nur die Ursachen (die Migrant*innen), sondern auch die Lösungen implizit vorweg: So unterscheidet sich die Forderung nach Maßnahmen für das vermeintliche Problem zwar erwartungsgemäß nach Parteizugehörigkeit, der gesteckte Diskursrahmen (gesunkenes Sicherheitsgefühl aufgrund der Ereignisse am Postplatz) wird aber durchgängig akzeptiert. So fordern FDP und CDU eine Alkoholverbotzone und Videoüberwachung im Stadtzentrum. Die AfD unterstützt dies und fügt dem in rassistischer Manier eine „Abschiebepflicht für kriminelle Ausländer“ hinzu.¹⁴ Auch Teile der SGI-Fraktion (SPD, Grüne, Initiative Plauen) befürworten die Alkoholverbotzone. Zudem äußern sie sich positiv zu verstärkter Präsenz von Polizei und Ordnungskräften im Stadtzentrum, was auch Teile der Linken unterstützen. Allerdings sollen ebenso sozialarbeiterische Maßnahmen wie die Schaffung einer neuen Streetwork-Stelle für die Innenstadt umgesetzt werden. Die geteilte Problemdiagnose ermöglicht nur noch, über „härtere“ oder „softere“ Mittel zu verhandeln – dass es ein Problem mit dem Sicherheitsgefühl in der Stadt gibt und dass dies mit realen Aktivitäten auf dem Postplatz in Zusammenhang steht, scheint gesetzt. Eine breit geführte Debatte darüber, was wirklich gefühlte und reale Sicherheit für alle in der Stadt ermöglichen würde, wird damit verunmöglicht.

RECHTE RAUMNAHME

Ein derartig strukturierter Diskurs ermöglicht es insbesondere rechtsradikalen Akteur*innen, die Vorfälle zu nutzen, um mit Interventionen weitere Raumgewinne zu generieren: Im Mai 2023 veröffentlicht *Der III. Weg* ein Statement, das Plauen zur „Hochburg der Gewalt“ stilisiert. Neben Forderungen nach Abschiebung und Grenzschiebung wird dazu aufgerufen, den Widerstand zu organisieren. Kurze Zeit später folgt eine Flugblattaktion der Partei *Der III. Weg* zur „Ausländerkriminalität“ und „Überfremdung“ mit der Forderung von Abschiebungen und „Schließung aller Grenzen“. Eine Inszenierung in Manier der *Identitären Bewegung* am Pfingstmontag 2023 erregt bundesweit Aufsehen. Mehrere schwarzgekleidete Personen halten am Rathaus Plauen ein Banner, unterlegt mit rotem Rauch, auf dem der rechte Begriff „Remigration“ nebst der Aufschrift „Macht Plauen wieder sicher!“ zu lesen ist. Die AfD veranstaltet am 9. Juli



eine Kundgebung unter dem Motto: „Schutz vor Migranten-Gewalt - Wir stehen an deiner Seite“. Es wird angekündigt, dass die Kreistagsfraktion der Partei auf einen Beschluss hinarbeitet, der regelt, dass Asylbewerber*innen im Vogtlandkreis statt Geld nur noch Sachleistungen erhalten sollen.

RASSISMUS ALS URSACHE UND LÖSUNG DES „PROBLEMS“

In dieser Betrachtung ist Rassismus sowohl die Ursache als auch die Lösung der Situation im Plauener Stadtzentrum. So konstruieren die Akteur*innen auf verschiedene Weise eine „Problemzone“ und greifen dabei auf rassistische Argumentationen und Denkfiguren wie „kriminelle Migranten“ zurück. Um diese „Problemzone“ zu beherrschen, schlagen sie verschiedene Lösungsansätze vor, die in sich selbst rassistisch sind, da sie einerseits das Konstrukt einer migrantischen Bedrohung aufrechterhalten und andererseits geeignet sind, Rassismus zu reproduzieren, beispielsweise aufgrund der Tatsache, dass rassifizierte Personen in den Fokus der Polizeikontrollen gelangen. Zudem kann erhöhte Polizeipräsenz das Gefühl verringerter Sicherheit und die Wahrnehmung als „Problemzone“ verstärken. Die seit Jahren wiederkehrende Debatte ist ein Hinweis auf diese Dynamik. Der Diskurs stellt die Stimmen und Interessen von Stadträt*innen, Händler*innen und einer weißen Mehrheitsgesellschaft in den Mittelpunkt und spart die Stimmen rassifizierter Personen aus. Es wird nicht mit Migrant*innen gesprochen, nur über sie. Auch wenn sich der Oberbürgermeister um Differenzierung bemüht, ist die Stigmatisierung von und die Fokussierung auf migrantische Personen problematisch. Derartige Rassifizierungsprozesse führen stets zu einer Benachteiligung der Betroffenen. Auch eine gewollte Einbindung von Betroffenen in den Diskurs könnte rassistische Dynamiken nicht auflösen, wohl aber zur Reflexion dieses Umstandes beitragen. Auf diese Weise könnte ein strukturelles Verständnis über Rassismus erlangt werden. Ebenso sollten Zusammenhänge

zwischen Migration und Kriminalität differenzierter ausgewertet werden. Eine aktive Einbindung migrantischer und marginalisierter Gruppen in politische Entscheidungsprozesse und eine umfassende Herangehensweise an die kommunalen Herausforderungen ist jedoch kaum zu beobachten. Die Reflexion rassistischer Narrative und ein Fokus auf Community-Building, Integration, Zugang zu Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe könnten hilfreich sein, um eine nachhaltige Verbesserung für alle Bürger*innen zu bewirken. Hoffnung erweckend ist der präventive Ansatz, einen Ort in der Nähe des Postplatzes zu schaffen, die sogenannte „Villa Postplatz“. Sie soll als Anlaufpunkt dienen und die bei einer Befragung von 130 Bürger*innen¹⁵ ermittelten Bedarfe nach einer Ruhezone und einem Freizeit- und Beratungsangebot auffangen.

DAS PLAUENER STADTZENTRUM AUF DEM WEG ZUR „GUTEN STUBE“?

Ergebnis des rassistischen Diskurses und der teils daraus hervorgehenden politischen Maßnahmen ist unter anderem die Verdrängung subkultureller und migrantischer Personen durch die Konstruktion einer Problemzone. Eine Sicherheitspolitik mit vermehrten Kontrollen und Überwachungen verringert das Sicherheitsgefühl von migrantischen oder als solche gelesenen Personen erheblich, da sie – Stichwort racial profiling – in besonderem Maße von diesen betroffen sein werden. Ähnliches gilt auch für subkulturelle Jugendliche, die den öffentlichen Platz vielfach genutzt haben. Der eingeschlagene Kurs läuft auf Verdrängung und Ausschluss, statt auf Integration und kollektive Raumgestaltung hinaus. Eine demokratische Mehrheit in der Stadt hat in diesem Beispiel die Chance verpasst, bessere Wege zu gehen.

1 | Riedel (2023).

2 | Bereits 2019 forderte die CDU-Fraktion die Einführung einer Kameraüberwachung für den Bereich des Postplatzes, wo bereits Kameras installiert sind. Schon zum damaligen Zeitpunkt wird in einem Online-Beitrag der Stadt Plauen vom „Brennpunkt Tunnel“ gesprochen, nachdem es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung kam. Der Postplatz wird in Plauen auch salopp als „Tunnel“ bezeichnet. (Gewalt in Plauen: Urteil nach Prügel-Attacke auf Polizei – Spitzenstadt.de, 2024).

3 | Uhlig (2023a).

4 | MDR (2023).

5 | Stadt Plauen (2018).

6 | Lüdeke (2023).

7 | Pastierovic (2023).

8 | Jf-Online (2023).

9 | Matthias Nikolaidis (2023).

10 | S. Uhlig (2023c).

11 | Hub (2023).

12 | Stadtrat Plauen 2023: 5.

13 | Stadt Plauen / Koordinierungsstelle Kommunale Prävention Polizei Sachsen, 2021.

14 | Stadtrat Plauen 2023: 9.

15 | Stadt Plauen (2023).

- 6 -

DIE FREIEN SACHSEN VOR DEN WAHLEN

Die *Freien Sachsen* sind eine der jüngsten extrem rechten Parteien im Bundesland. Gegründet im Februar 2021 in Schwarzenberg, hat die Kleinstpartei rasant an Popularität gewonnen und sich über das Erzgebirge und die Stadt Chemnitz hinaus verankert. Die Gründung der Partei lässt sich nicht losgelöst von der Covid-19-Pandemie erklären. Die Freien Sachsen konnten von den Protestdynamiken in dieser Zeit profitieren und haben es mit einer geschickten Mischung aus Online- und Offline-Vernetzung geschafft, die extreme Rechte in Sachsen zu mobilisieren.¹ Seit dem Herbst 2022 widmen sie sich vermehrt dem Themenkomplex Migration aus rechtsextremer Perspektive. So haben zahlreiche asylfeindliche Demonstrationen mit Beteiligung der *Freien Sachsen* stattgefunden, oft in direkter Nähe der Unterkünfte Geflüchteter.

Bei den Landratswahlen in Sachsen im Sommer 2022 sind die *Freien Sachsen* in drei Landkreisen mit eigenen Kandidat*innen angetreten und haben aus dem Stand jeweils ein zweistelliges Ergebnis erzielt. Im Landkreis Nordsachsen, wo die *AfD* keine eigenen Kandidat*innen ins Rennen schickte, konnten die *Freien Sachsen* sogar 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Diese Ergebnisse belegen, dass die *Freien Sachsen* außerhalb der Großstädte durchaus eine beachtenswerte Zahl von Wähler*innen mobilisieren können. Das ist auch deshalb erstaunlich, weil die Partei aus ihrer grundlegenden Ablehnung der demokratischen Grundordnung keinen Hehl machte. Im Kern geht es den *Freien Sachsen* in letzter Konsequenz um die Überwindung des liberal-demokratischen Rechtsstaates in seiner jetzigen Form. Dies wird in den Reden und Losungen der Partei und ihrer Funktionär*innen deutlich. Der Parteivorsitzende Martin Kohlmann spricht immer wieder von einer neuen politi-

schen Wende, die vollzogen werden und die tiefgreifender sein müsse, als die politischen Veränderungen 1989.² Der stellvertretende Vorsitzende Stefan Hartung ist der Ansicht, dass es in den eigenen Reihen niemanden gebe, „der dieses System irgendwie noch reformieren will“ und meint, dass es einen „großen Schnitt“ brauche, um „irgendwann wieder in einem Deutschland leben [zu] können und nicht mehr in der BRD.“³ Das Spitzenpersonal der *Freien Sachsen* besteht überwiegend aus Personen, die seit vielen Jahren in der organisierten Neonazi-Szene aktiv sind und sich deutlich für eine Überwindung des demokratischen Rechtsstaates stark machen. Das Gewaltmonopol des Staates wird infrage gestellt, wenn z.B. der Kreisvorsitzende der *Freien Sachsen* in der Sächsischen Schweiz, Max Schreiber, meint: „Wenn dieser Staat diese Probleme nicht in den Griff bekommt, dann werden wir sie selber aus dem Weg räumen.“⁴ Anders als die *AfD* tragen die *Freien Sachsen* ihre aggressiv-kämpferische Ablehnung der Demokratie damit offen zur Schau.

Die *Freien Sachsen* begrüßen Doppelmitgliedschaften ausdrücklich und sehen darin eine Stärke, die sie von anderen rechten Parteien und Gruppen unterscheidet. Bei der Gründungsrede am 26. Februar 2021 in Schwarzenberg betonte Parteichef Kohlmann die Vielfalt innerhalb der Partei und das Ziel, ein gemeinsames Dach für all jene zu schaffen, die sich kritisch mit „staatlicher Bevormundung“ auseinandersetzen. Die bestehenden extrem rechten Parteien wie *Die Heimat* (ehemals *NPD*), *Der III. Weg*, *Die Rechte*, *Pro Chemnitz* sowie die neu entstandene *Die Basis* im Querdenken-Milieu werden nicht abgelöst, sondern erhalten die Möglichkeit, unter einem gemeinsamen Dach zu agieren. Der stellvertretende Vorsitzende Stefan Hartung betont den Wunsch nach einer

Bewegung statt klassischer Parteistrukturen und verweist auf gut funktionierende Netzwerke, die seit den Anti-Asyl-Protesten 2014/15 bestehen und während der Corona-Pandemie weiter gewachsen sind. Im Gegensatz zur *NPD* (jetzt: *Die Heimat*) sehen sich die *Freien Sachsen* als ergänzendes Netzwerk ohne Alleinstellungsanspruch. Es gibt keine Unvereinbarkeitslisten oder Distanzierungen von anderen extrem rechten Kräften. *Freie Sachsen*-Kader Michael Brück meint zur Parteistruktur: „Wir haben genug von diesem Parteiensystem. (...) Leider geht es eben manchmal nicht so, dass man das von heute auf morgen abschaffen kann und deshalb haben wir uns mit den *Freien Sachsen* überlegt: Wie können wir so wenig Partei wie es geht sein, aber trotzdem die Vorteile daraus ziehen?“⁵

Bereits im Herbst 2023 kündigte das Vorstandsmitglied der Partei, Robert Andres, in der neonazistischen Zeitschrift „N.S. Heute“ an: „Derzeit bereiten wir uns intensiv auf die Kommunalwahlen vor, wir wollen sachsenweit in allen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie in möglichst vielen kreisangehörigen Kommunen antreten. Unser Ziel ist es, eine mittlere dreistellige Zahl an Mandaten zu erzielen, um damit einen kommunalen Unterbau zu schaffen und das Projekt *Freie Sachsen* in der Breite aufzustellen.“⁶ Der Sieg des von der *AfD* unterstützten Tim Lochner bei der Oberbürgermeisterwahl in Pirna im Dezember 2023 motivierte die *Freien Sachsen* zusätzlich für die Kommunalwahlen 2024. Der Sieg wurde bejubelt und man kündigte an, dass man das Land bei den Kommunalwahlen verändern werde. Die Protagonisten*innen fordern ihre Mitglieder und Anhängerschaft immer wieder auf, an Kommunalwahlen teilzunehmen, da es auf dieser Ebene einfacher ist, Mandate zu erringen. Dazu müssen auf kommunaler Ebene keine Prozhürden überwunden werden. Eine kommunale Verankerung dient zudem als gute Basis für Erfolge bei überregionalen Wahlen. Auf den geplanten Listen der *Freien Sachsen* zu den Kommunalwahlen finden sich sodann alle Spektren der extrem rechten Szenen, von Völkischen Siedlern, Anhänger*innen von Reichsbürgerideen, Funktionär*innen der Partei *Die Heimat* bis hin zu rechten Verschwörungsideolog*innen oder Personen aus dem *Pegida*-Umfeld.

Die *Freien Sachsen* nutzen ihre Teilnahme an kommunalen Gremien dazu, Informationen zu sammeln, die ihnen für ihre politische Arbeit nützlich sind. In seiner

Neujahrsansprache im Wahljahr 2024 hob Martin Kohlmann hervor: „Ich werde es nicht müde zu wiederholen: Wir beteiligen uns an Wahlen, weil uns diese Positionen, in die man da gelangen kann, Zugang zu Informationen bietet, die wir sonst nicht bekommen.“⁷ Dies kann von frühzeitigen Kenntnissen über Unterbringungen von Geflüchteten bis hin zu baulichen Vorhaben oder Informationen über politische Gegner*innen reichen. Diese Informationen können dann z.B. genutzt werden, Unfrieden in den Gemeinden zu stiften. Darüber hinaus können die *Freien Sachsen* mit ihrer Präsenz in den Gremien politische Diskussionen beeinflussen und zur Delegitimierung der demokratischen Ordnung sowie der Verbreitung ihrer menschenverachtenden und antidemokratischen Ideologie beitragen.

Mit anderen extrem rechten Parteien versuchen die *Freien Sachsen* in den kommunalen Gremien zu kooperieren. Robert Andres meint dazu: „Wir sind bereits jetzt in vielen kommunalen Gremien vertreten, dort arbeiten wir teilweise mit *AfD*-Vertretern zusammen. Grundsätzlich ist die Parteibasis der *AfD* offen für eine Zusammenarbeit, doch je höher die Ebene reicht, desto schwieriger wird es. Gerade ganz oben ist die *AfD* eher von Konkurrenzangst besessen, als in uns einen möglichen Kooperationspartner zu sehen, der bei vielen Themen eine ähnliche Ansicht vertritt. Bei den Bürgerbewegungen sieht es anders aus: Wir reichen jeder Bürgerbewegung die Hand und sind sachsenweit bestens vernetzt. Dabei ist es uns wichtig, nicht nur Unterstützung einzufordern, sondern selbst auch anderen zu helfen, wo wir können.“⁸

Die *Freien Sachsen* haben ein instrumentelles Verhältnis zu Wahlen und Parlamentarismus. Der Parteivorsitzende Kohlmann betont, dass sie nicht an das bestehende politische System glauben und es nicht mit den Mitteln des Systems überwinden können. Die Demokratie wird von den *Freien Sachsen* grundsätzlich infrage gestellt oder abgelehnt. Der *Freie Sachsen*-Aktivist Michael Brück sagte z.B. in einem der „Sonntagsgespräche“ der Partei: „Also ich persönlich habe noch nie an die Demokratie, wie sie hier in dem Staat gepredigt wird, geglaubt. (...) Man sieht ja offenkundig, dass wir keine Mitbestimmung haben.“⁹

Die Umsturzfantasien der *Freien Sachsen* gehen sogar soweit, dass man sie jetzt schon als Grund anführt,

sich auf kommunaler Ebene wählen lassen zu wollen. Der Grundgedanke hier ist der, dass man nach dem politischen Umsturz genügend Personal bräuchte, das den Staat verwalten könnte. Hier spielen die Kommunalverwaltungen eine bedeutende Rolle. Oder in den Worten Martin Kohlmanns: „Wir müssen in jedem Kreis und in jeder Stadt Leute haben, die sich mit kommunalen Haushaltssatzungen auskennen, die sich mit Straßenbauvorhaben auskennen, denn das wird es auch später wieder geben. (...) Vom Grundsatz her wird es auch dann noch eine Gemeindeverwaltung geben. Und deswegen muss es auch Leute geben, die diese beherrschen können, und das werden nicht die sein, die es jetzt sind.“¹⁰

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der vorliegenden Publikation war noch nicht klar, ob die *Freien Sachsen* auch zu den Landtagswahlen in Sachsen am 01. September 2024 antreten werden. Die Diskussion zu dieser Frage wird innerhalb der Partei bereits seit dem Sommer 2023 geführt. Bei einer Veranstaltung des extrem rechten Magazins „Compact“ gab dessen Kopf, Jürgen Elsässer, im August 2023 zu bedenken: „Es hat keinen Sinn, in Sachsen und in Thüringen und in der Europawahl eine Konkurrenz-Kandidatur gegen die *AfD* aufzuziehen. Das verzeiht der Wähler nicht. (...) Wenn in Sachsen die *Freien Sachsen* antreten gegen die *AfD* oder die *Freien Thüringer* (...), das kommt nicht gut an.“¹¹ Michael Brück merkte bei der Diskussion mit Elsässer an, dass man zukünftig sehr strategisch und im Einzelfall entscheiden müsse, ob der Wahlantritt lohne. Bei Kommunalwahlen, so meint er, müssen alle kandidieren. Bei anderen Wahlen, wo es Prozenzhürden gibt, seien strategische Überlegungen, z.B. bezüglich eines Wahlerfolgs der *AfD* hingegen wichtig. Dass dies Sinn mache, so Brück, sehe man auch an den Wahlerfolgen von Giorgia Meloni in Italien.¹² Robert Andres wiederum hatte im Herbst 2023 angemerkt, dass man sich auf die Landtagswahlen durchaus vorbereiten würde, aber den tatsächlichen Antritt davon abhängig macht, welches Ergebnis die *Freien Sachsen* bei den Kommunalwahlen im Juni erreichen: „Wir haben dazu eine klare Position: Wenn wir zur Landtagswahl antreten, dann wollen wir auch über fünf Prozent kommen und in den Landtag einziehen.“¹³ In seiner Neujahrsansprache 2024 betonte Martin Kohlmann, dass es zwar richtig sei, dass die *Freien Sachsen* der *AfD* bei einem möglichen Antritt zu den Landtags-



wahlen einige wenige Procente abnehmen; aber er stellt auch fest, dass sie zusätzlich Wähler*innen mobilisieren würden, die sonst nicht zur Wahl gegangen wären. In einer sich selbst überschätzenden Art träumte Kohlmann in seiner Rede davon, dass es eine zukünftige Koalition aus *AfD*, *Freie Sachsen* und *Werteunion* geben könnte, die als neue Landesregierung mehrheitsfähig sei.¹⁴

Unabhängig von ihren eigenen Fantasien steht mit den *Freien Sachsen* eine neue demokratiefeindliche und neonazistische Partei vor den Toren der Kommunalparlamente. Es ist davon auszugehen, dass Dutzende ihrer Kandidat*innen im Juni 2024 im Bundesland kommunale Mandate erringen werden. Die extrem rechten Kommunalabgeordneten werden dann für veränderte Mehrheitsverhältnisse sorgen, die sie zusammen mit der *AfD* und anderen rechten oder rechtsoffenen Wähler*innengruppen in einzelnen Kommunalparlamenten herstellen können. Für die demokratische politische Kultur in Sachsen werden diese Konstellationen hochgefährlich, sowohl die demokratischen Werte, Strukturen und den sozialen Frieden als auch die Wirtschaftskraft in einer Region betreffend, die auf migrantische Fachkräfte und internationalen Handel angewiesen ist. Die Verteidigung der Demokratie wird auch in den kommenden Jahren eine große Herausforderung in den ländlichen Regionen Sachsens bleiben.

1 | Vgl. Kiess, Johannes/Nattke, Michael (2024): *Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*. Leipzig: Edition Überland.

2 | Vgl. u.a. Rede von Martin Kohlmann am 27.08.2018 in Chemnitz sowie im Sonntagsgespräch am 27.02.2022.

3 | Stefan Hartung am 01.07.2023.

4 | Max Schreiber am 19.04.2023.

5 | Michael Brück am 12.08.2023.

6 | Robert Andres in *N.S. Heute* #37; September/Oktober 2023.

7 | Martin Kohlmann: Rede zum Auftakt ins politische Kampfbjahr 2024.

8 | Robert Andres in *N.S. Heute* #37; September/Oktober 2023.

9 | Sonntagsgespräch mit Andreas Hofmann und den politischen Aktivisten Michael Brück & Robert Andres am 28.05.2023.

10 | Martin Kohlmann: Rede zum Auftakt ins politische Kampfbjahr 2024.

11 | Jürgen Elsässer bei einer Podiumsdiskussion am 12.08.2023.

12 | Michael Brück bei einer Podiumsdiskussion am 12.08.2023.

13 | Robert Andres in *N.S. Heute* #37; September/Oktober 2023.

14 | Martin Kohlmann: Rede zum Auftakt ins politische Kampfbjahr 2024.

- 7 -

IM STADTRAT GANZ RECHTS

Gastbeitrag des Regionalen Netzwerks Landkreis Leipzig

Seit den 1990er Jahren eilt der Stadt Wurzen im Landkreis Leipzig der Ruf einer rechten Schwerpunktregion voraus. Neben der Etablierung und Entwicklung einer aktivistischen und subkulturell geprägten Szene, unternahm die extreme Rechte im Verlauf der letzten Jahrzehnte verschiedene Versuche, sich auf parteipolitischer Ebene zu verankern. An der hiesigen Parteienlandschaft lassen sich dabei sowohl bundesweite Entwicklungen als auch lokale Besonderheiten der extremen Rechten ablesen.

IM KAMPF UM „STRASSE“ UND „WÄHLER“

In den 1990er Jahren frohlockte die extreme Rechte, wenn es um Wurzen ging. In einem RechtsRock-Fanzine wird die Stadt 1998 als „Modell für eine gelungene Kulturrevolution“ gepriesen, in welcher der Aufbau einer „national befreiten Zone“ geglückt sei.¹ Insbesondere für alternative Jugendliche bedeutete die Durchsetzung dieser „Angstzone“ in der Praxis die Gefahr körperlicher Angriffe und eine andauernde atmosphärische Gewalt. Die Etablierung „national befreiter Zonen“ ist auf der lokalen Ebene das Resultat von Straßengewalt aktivistischer Neonazis, die in Wurzen und dem Muldentale in den 1990er Jahren in Form von Kameradschaften wie *Jungsturm*, *Aktion Neue Rechte Muldentalkreis (ANR)* oder der *Kameradschaft Gerichshain* auftraten.² Eine konzeptuelle Rahmung erfuhr der Ansatz hingegen durch die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*. Bereits 1991 in der Verbandszeitschrift der *NPD*-Suborganisation *Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)* in

die Debatte eingebracht, avancierte der Ansatz zu einem Element des „Kampfes um die Straße“ innerhalb des 1998 verabschiedeten „Drei-Säulen-Konzepts“ der Partei.³

Das Zusammenwirken militanter Neonazis mit den Stichwortgebern der Partei wurde seit dem Aufstieg von Udo Voigt zum Bundesvorsitzenden der *NPD* 1996 forciert und hatte die Integration loser Kameradschaften in die Strukturen der Partei zum Ziel. Ein rasanter Mitgliederzuwachs – vor allem von Männern unter 30 Jahren – ab 1997 zeugt davon, dass die Strategie, insbesondere innerhalb des sächsischen Landesverbandes, aufging.⁴ Auch in Wurzen lässt sich diese Sammlungsbewegung der *NPD* nachvollziehen. Mit Marcus Müller integrierte die Partei einen seit Beginn der 1990er Jahre aktiven und in der *ANR* organisierten Neonazi. Sowohl das konservative politische Klima in der Stadt, das durch eine Stigmatisierung nicht-rechter Jugendlicher bei gleichzeitiger Bagatellisierung von Neonazismus geprägt war, als auch die gewachsenen und in der Partei gebündelten extrem rechten Strukturen können als Gründe für die vergleichsweise hohen Wahlergebnisse der *NPD* in der Folgezeit gelten. Bereits bei der Kommunalwahl 1999 gelang der *NPD* mit 5,1% der Einzug in den Wurzener Stadtrat. Vertreten wurde sie durch ebenjenseitigen ehemaligen Kameradschaftsführer Marcus Müller. Den Zuspruch der Wähler*innen konnte die Partei fünf Jahre später mit 11,8% der Stimmen mehr als verdoppeln, entsandte in der Folge drei Abgeordnete in den Stadtrat und erhielt den Status einer Fraktion. Sachsenweit gelangen auf der Ebene der Stadträte lediglich in den Städten Königstein und Sebnitz (heute: Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) bessere Ergebnisse.⁵ Zugleich schaffte es die *NPD*, in acht der neun Wahlbezirke des Muldentalkreises eigene

Listen aufzustellen und sie zog mit 5,1% 2004 auch in den Kreistag ein. Stärker vertreten war sie bei dieser Kommunalwahl lediglich im Kreistag Sächsische Schweiz.⁶ Die Ergebnisse zeigen, dass die *NPD* in Wurzen und dem Muldental eine ihrer Schwerpunktregionen besaß. Zugleich waren die Ergebnisse Vorboden des im September des Jahres stattfindenden Wahlerfolgs auf Landesebene, als die Partei mit 9,2% in den Sächsischen Landtag einzog. Der „Kampf um die Wähler“, welche eine weitere Säule der *NPD* bildete, schien erfolgreich gestaltet werden zu können.

DER ANFANG VOM ENDE

Den Alleinvertretungsanspruch der extremen Rechten auf parlamentarischer Ebene konnte die Partei zwar auch in den folgenden Jahren aufrechterhalten, 2009 erlebte der Höhenflug der *NPD* jedoch ein Ende. Bei der Wahl des Wurzener Stadtrats musste sie einen Rückgang von mehr als vier Prozentpunkten auf 7,1% (2004: 11,8%) hinnehmen, war jedoch, unter anderem in der Person des Torhüters des städtischen Fußballvereins, weiterhin im Stadtrat vertreten.

Als ein Versuch der dauerhaften Verankerung von Parteistrukturen in der Region und der Fortsetzung der von der *NPD* verfolgten Idee einer „Volksfront von rechts“⁷ kann die Ausrufung sogenannter „Stützpunkte“ der *NPD*-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten (JN)* (heute: *Junge Nationalisten*) im Jahr 2009 gelten. In den Regionen Delitzsch-Eilenburg, Torgau, Oschatz und Wurzen sollten mittels dieser „Stützpunkte“ bereits aktive Neonazis in *JN*-Strukturen gebündelt werden und hierdurch sogenannte „Modellregionen“ der *NPD* entstehen.⁸ Unter der Federführung des lokalen *JN*-Stützpunktleiters konnte die Jugendorganisation ihre Aktivitäten in der Stadt im Zeitraum von 2009 bis etwa 2013 so merklich steigern. Der überregional einsetzende Bedeutungsverlust der Mutterpartei in den 2010er Jahren schlug sich allerdings auch auf lokaler Ebene nieder und nahm spätestens mit der Entstehung der *Alternative für Deutschland (AfD)* im Jahr 2013 deutlich an Fahrt auf. Diese Entwicklung paarte sich im Lokalen mit internen Streitigkeiten der Partei im Landkreis Leipzig, dem Austritt diverser Mandatsträger

sowie dem Rückzug eines umtriebigen *JN*-Kaders aus Wurzen. Das Resultat war ein Nicht-Antritt der *NPD* bei der Stadtratswahl 2014 und die Entstehung einer Repräsentationslücke der stabil vorhandenen extrem rechten Wähler*innenschaft in der Stadt. Insgesamt litt die Partei bei der Kommunalwahl 2014 in der Region unter einem eklatanten Mangel an Bewerber*innen und schaffte es nur mit Mühe, Kandidat*innen in jedem der zehn Wahlkreise für die Wahl des Kreistags im Landkreis Leipzig aufzustellen. In Wurzen erhielt sie bei der Kreistagswahl 2014 noch 5,7%, während es im Landkreis insgesamt nur 4,0% waren. Die Folge war der letztmalige Einzug in den Kreistag mit drei Mandatsträgern.

Der Blick auf den rasanten Aufstieg und die zeitweise ausgesprochen hohen Zustimmungswerte der *NPD* verdeutlichen die Virulenz extrem rechter Positionen und Einstellungen in der Region. Zugleich war deren Mobilisierung immer auch mit dem Wirken lokaler Kader und Parteistrukturen verbunden und verweist auf die Bedeutung, die relevanten Einzelpersonen und Akteur*innen der extremen Rechten auf lokaler Ebene zukommt. Dieser Umstand kennzeichnete, ebenso wie die Schwierigkeit, genügend und geeignete Bewerber*innen zu akquirieren, auch in der Folge die extrem rechte Parteienlandschaft in der Stadt.

DIE ALTERNATIVE ZUR NPD

Die Umbrüche am rechten Parteienrand sorgten im Wurzener Stadtrat ab 2014 für eine parlamentarische Atempause von der extremen Rechten. Die *NPD* war zerstritten und ihr struktureller Niedergang bahnte sich an, der *AfD* fehlte es zu diesem Zeitpunkt hingegen noch an Parteistrukturen in der Fläche und einer lokalen Verankerung in der Stadt, um eine eigene Liste aufzustellen.

Die sich bundesweit vollziehende Wachablösung in der extrem rechten Parteienlandschaft fand ab 2019 ihre Entsprechung in Wurzen. Bei der Kommunalwahl 2019 trat die *AfD* erstmals mit Kandidat*innen für den Kreistag an und wurde in der Stadt mit 27,6% aus dem Stand die stärkste Kraft. Bei der im selben Jahr stattfindenden Landtagswahl vereinigte die *AfD* sogar 31,7% der Zweitstimmen in der Stadt auf sich. Auf der Ebene

des Stadtrats sah sich die *AfD* jedoch mit extrem rechter Konkurrenz konfrontiert. Diese fand sie nicht mehr in Gestalt der *NPD*, die wie schon 2014 keine Liste mehr aufstellte, sondern in dem als Bürgervereinigung firmierenden *Neuen Forum für Wurzener (NFW)*. Das extrem rechte Wähler*innenpotenzial in der Stadt, das um 2019 etwa 30% betrug, verteilte sich auf die beiden Listen. Während die *AfD* 15,7% der Stimmen und vier Stadtratsmandate erhielt, kam das *NFW* auf 10,9% und drei Mandate. Eine relevante politische Kraft konnte die *AfD* trotz dieses Ergebnisses bis heute allerdings kaum entfalten. Da ihre Liste nur vier Bewerber*innen und keine Nachrücker*innen umfasste, verlor sie durch einen Umzug und einen Todesfall noch im Jahr 2019 die Hälfte ihrer Mandate und gestaltete den Großteil der Legislatur mit zwei Stadträt*innen. Die parlamentarischen Aktivitäten fielen dementsprechend überschaubar aus. Für weitaus mehr Aufmerksamkeit sorgte das angesprochene *Neue Forum für Wurzener*, das im Laufe der Wahlperiode jedoch ebenfalls einen Gutteil seiner zu Beginn aufgegebenen Kandidaten⁹ einbüßte.

NEUES FORUM – ALTE BEKANNTE

Im Jahr 2018 als Verein gegründet und mit historischen Bezügen zur Bürgerrechtsbewegung der DDR kokettierend, trat das *NFW* 2019 zur Wahl des Stadtrats mit einer eigenen, neun Bewerber umfassenden Liste an und erlangte, wie beschrieben, knapp 11% der Stimmen und drei Mandate. Mit Benjamin Brinsa kandidierte ein bekennender extrem rechter Hooligan und Kampfsportler aus der Szene vom *1. FC Lokomotive Leipzig* für die vermeintliche Bürgervereinigung. Die Ernennung eines professionellen Kampfsportlers, der gute Verbindungen in den organisierten Neonazismus der Stadt unterhielt, zum Stadtrat stellte eine lokale Besonderheit dar und sorgte für ein großes mediales Echo. Der Aufbau von sogenannten Tarnlisten, deren extrem rechtes Personal im bürgerlichen Gewand auftrat, war hingegen ein bundesweit beobachtbares Phänomen.¹⁰

In Wurzener profitierte das *NFW* von einem aufgeheizten Klima. So kam es seit 2016 wiederkehrend zu rassistischen Mobilisierungen und zum Teil schweren

Gewalttaten gegen Geflüchtete, die in der Stadt lebten. Zentrale Figur des *NFW* war bis zu seinem Rückzug aus der Politik der Wurzener Christoph Mike Dietel. Dieser hetzte im analogen und digitalen öffentlichen Raum gegen Migrant*innen sowie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und insbesondere gegen das örtliche *Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK)*, welches das zentrale Feindbild des *NFW* bildete.

Kontakte pflegte Dietel dabei unter anderem nach Cottbus, wo er bei der extrem rechten Initiative *Zukunft Heimat* als Redner sprach. Im Gegenzug kam mit Hans-Christoph Berndt der dortige Initiator zu einer Veranstaltung nach Wurzener. Ähnlich wie Berndt, der inzwischen als Fraktionsvorsitzender der brandenburgischen *AfD* amtiert, offenbarte sich auch beim *NFW* eine Nähe zur *AfD*. Programmatisch gerierte sich das *NFW* als Vertreter des Mittelstands, knüpfte an asylfeindliche Diskurse an und bemängelte eine vermeintliche Steuerverschwendung, der die zu dieser Zeit populäre Phrase „Wurzener First“ - in Anlehnung an Donald Trumps „America First“ - gegenübergestellt wurde.

Das mediale Echo auf den Wahlerfolg des *NFW* war groß, im Lauf der Legislatur dünnte sich das Personal jedoch aus und die Aktivitäten nahmen ab. Während einer der Listenkandidaten des *NFW* dieses 2019 verließ, nachdem seine Beteiligung an einem gewalttätigen Angriff auf das Kulturzentrum D5 des *Netzwerks für Demokratische Kultur e.V.* öffentlich wurde, zog sich der Lautsprecher des *NFW*, Christoph Dietel, 2020 mit einem pathosbeladenen Internet-Statement aus der Politik zurück. Die für das *NFW* kennzeichnenden Diffamierungen im digitalen Raum fanden in der Folge ihr Ende. 2023 legte schließlich auch Benjamin Brinsa sein Mandat im Stadtrat nieder und ließ verlauten, dass er sich auf seine Geschäftsaktivitäten konzentrieren wolle. Bilanzierend sind von der ehemals neun Kandidaten umfassenden Wahlliste des *NFW* nur noch drei Personen verblieben. Die übrigen sechs verließen das *NFW*, legten ihr Mandat nieder oder verweigerten das Nachrücken. Seine drei Mandate kann das *Neue Forum* so zwar noch besetzen, das Kontingent der Nachrücker ist seit der Mandatsniederlegung von Brinsa und dem Einzug seines Vertreters allerdings erschöpft.

Bereits 2021 war der zugehörige Verein *Neues Forum für Wurzener* aufgelöst worden, die Stadtratsfraktion blieb jedoch bestehen und agiert im Rat zumeist unauf-





fällig. In der parlamentarischen Arbeit zeigten sich dabei wiederholt Schnittmengen mit der *AfD*, die sich auch in einem gemeinsamen Antrag ausdrückten. Berührungspunkte mit dem organisierten Neonazismus besitzt das *NFW* ebenfalls nicht. So berief es einen ehemaligen *NPD*-Stadtrat in der Funktion eines sachkundigen Einwohners in einen Ausschuss der Stadt.

2 + 1 MACHT 2?

Gegenwärtig sind die beiden extrem rechten Parteien durch eine personelle Schwäche im Stadtrat gekennzeichnet. Die *AfD* verlor 2023 eine weitere Stadträtin und damit den Fraktionsstatus und steht vor dem Problem, dass ihre kommunale Verankerung nicht mit dem Zuspruch der Wähler*innenschaft Schritt halten kann. Von den zusammengenommen sieben errungenen Mandaten der extremen Rechten 2019 sind zum jetzigen Zeitpunkt lediglich vier besetzt (*AfD*: 1 / *NFW*: 3). Die inhaltlichen Schnittmengen zwischen *NFW* und *AfD* bei gleichzeitigem personellem Notstand nähren die Vermutung, dass sich ein Aufgehen der verbliebenen Mandatsträger des *NFW* in die *AfD* bei der anstehenden Kommunalwahl anbaut. In Videobotschaften zur drohenden Schließung des Wurzener Krankenhauses traten Vertreter*innen bereits 2023 gemeinsam auf und eine ehemals dem *Neuen Forum* nahestehende Facebook-Seite wird inzwischen vom lokalen *AfD*-Politiker René Opolka mit Inhalt gefüllt. Dieser selbst schickt sich an, die Bühne des Wurzener Stadtrats um die des Landtages zu erweitern oder einzutauschen und kandidiert als Direktkandidat für die *AfD* im Wahlkreis 24. Unterdessen versucht die örtliche *AfD* mit Postwurfsendungen in Wurzen neue Personen für eine Kandidatur auf lokaler Ebene zu gewinnen, um die zu erwartende Anzahl von Mandaten besetzen zu können.

Während die extreme Rechte also parteipolitische Kräfte bündeln könnte, versucht sich in Gestalt der *Freien Sachsen* eine neue Konkurrenz auch in Wurzen zu etablieren. Gegenwärtig noch darum bemüht, eine ausreichende Zahl von Unterstützer*innen zur Unterschrift zu bewegen, um antreten zu können, verkündeten die Aktivist*innen der Partei an einem ihrer Infostände bereits: „Stürmt mit uns das Rathaus“. Personell rekrutieren sich die *Freien Sachsen* vorrangig aus dem Reservoir Wurzener Aktivist*innen der *JN*. Während sie mit Infoständen und in Telegram-Gruppen unter anderem auf eine Ansprache der Klientel der „Montagsdemonstrationen“ abzielen, stammen ihre lokalen Akteur*innen aus dem organisierten Neonazismus. Damit steht Wurzen exemplarisch für die vielerorts zu beobachtenden Aktivitäten von Kadern der heute als *Die Heimat* firmierenden *NPD* unter dem Banner der *Freien Sachsen*. Bei einer Demonstration von Neonazis im März 2024 in Wurzen rief einer ihrer Aktivist*innen nicht nur zur Unterstützung der *Freien Sachsen* auf, sondern versprach, man werde „Blut vergießen“, damit „Wurzen national bleibt“. Inwiefern dies der extremen Rechten weit weniger martialisch mittels Stimmzettel gelingen könnte, bleibt ebenso abzuwarten wie die Konstellation ihrer Parteien und deren personelle Breite.

-
- | | |
|---|--|
| 1 <i>Chronik.LE (2021)</i> . | 6 <i>Ebd.</i> |
| 2 Für eine ausführliche Darstellung der Wurzener Neonazi-Szene, siehe: <i>Antifaschistisches Redaktionskollektiv (1996)</i> . | 7 <i>Ebd.</i> : S. 85. |
| 3 <i>Brandstetter (2006)</i> : S. 109 ff. | 8 <i>Chronik.LE (2012)</i> . |
| 4 <i>Staud (2006)</i> : S. 50. | 9 <i>Es handelte sich bei den Kandidaten des NFW ausschließlich um Männer.</i> |
| 5 <i>Brandstetter (2006)</i> : S. 127. | 10 <i>Ayyadi (2019)</i> . |

Literaturverzeichnis

Antifaschistisches

Redaktionskollektiv (1996):

Wurzen. Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen, https://www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Regionen/Sachsen/wurzen_broschuere/index.htm#4, 15.10.1996.

Ayyadi, Kira (2019):

Neonazis setzen auf Tarnlisten bei der Kommunalwahl, <https://www.belltower.news/die-strategie-der-npd-neonazis-setzen-auf-tarnlisten-bei-den-kommunalwahlen-84371/>, 26.04.2019.

Brandstetter, Marc (2006):

Die *NPD* im 21. Jahrhundert. Baden Baden.

Chronik.LE (2012):

Nordsächsische Zustände 2012, https://chronikle.org/media/328/Nordsaechsische_Zustaende_2012.pdf, 18.09.2012.

Chronik.LE (2021):

Geschäftstüchtig und gewaltbereit. Ein Überblick zur rechten Mischszene in Wurzen, https://chronikle.org/media/300/chronik-LE_Dossier_Rechte_Mischszene_in_Wurzen.pdf, 31.12.2021.

Staud, Toralf (2006):

Moderne Nazis: die neuen Rechten und der Aufstieg der *NPD*. Bonn.





41

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Kulturbüro Sachsen e.V.
Michael Nattke, Geschäftsführer
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
www.kulturbuero-sachsen.de



Unterstützen Sie unsere Arbeit
mit einer Spende!
IBAN: DE 288 5020 5000 0035 87301
BIC: BFSWDE33DRE

TEXT UND RECHERCHE

Kulturbüro Sachsen e.V.

Die Autor*innen der Artikel sind
Mitarbeiter*innen des Kulturbüro Sachsen e.V.

Lektorat: Laura Dittmann
Redaktionsschluss: 15.03.2024

FOTOS

Susanne Keichel

LAYOUT UND SATZ

Nadine Rothe
www.nadine-rothe.de



Diese Publikation wurde in Kooperation mit der
Amadeu Antonio Stiftung erstellt.

Zu den Fotos in dieser Publikation

Die Fotos dieser Publikation, sind eine Auswahl verschiedener Arbeiten, in denen Susanne Keichel sich mit gesellschaftlichen und politische Entwicklungen und deren Auswirkungen über längere Zeiträume in Sachsen beschäftigt hat.

Die Bilder entstanden im Kontext der Spaltung der Stadtgesellschaft durch Pegida und dem Umgang der Stadt mit dem islamfeindlichen Mord an Marwa El-Sherbini im Landgericht Dresden. Sie zeigen feministische Kämpfe, die Sorge um die Europawahl, geschlossene, innereuropäische Grenzen und Rüstungsstahl. Die Fotografien spannen einen Bogen, vom Wunsch nach Solidarität und gleichen Lebenschancen für alle Menschen, hin zum Interieur des größten deutschen Serverparks, als Teil der Infrastruktur für Desinformation im Netz. Ein fotografischer Querschnitt durch eine beunruhigende sächsische Gegenwart.

Kurzbiografie Susanne Keichel

Susanne Keichel, studierte nach einer Ausbildung zur Fotografin bei Stefan Thurmman in Hamburg, an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig und schloss ihr Studium als Meisterschülerin bei Prof. Tina Bara ab. Ihre Arbeiten wurden unter anderem auf der 56. Biennale 2015 in Venedig als Teil des offiziellen Rahmenprogramms ausgestellt. Es folgten Ausstellungsbeteiligungen unter anderem im Kunsthaus Dresden, im Kunstraum Düsseldorf und beim „Rundgang 50Hertz“ in Kooperation mit der Nationalgalerie der Staatlichen Museen zu Berlin, beim Prager Fotograf Festival und beim EMOP 2023 in Berlin. Susanne Keichel war Artist in Residence im Goethe-Institut Rotterdam und NEUSTARTplus-Stipendiatin des Kunstfonds Bonn. Sie ist Preisträgerin des BMW Photo Award Leipzig 2024 des Museum der bildenden Künste Leipzig. Seit Oktober 2023 lehrt sie, als künstlerische Mitarbeiterin für Fotografie und Medien an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig.



www.kulturbuero-sachsen.de